

Verlagsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 66, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 282 - 207
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 8 1/2 bis 5 Uhr
Verleger: Bornstedt-Verlag GmbH,
Berlin SW. 66, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 282 - 207

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Abrechnung mit dem Schundgesetz!

Rede des Genossen Breitscheid. - Block von Deutschnationalen bis Zentrum!

Die heutige Sitzung des Reichstags, die die dritte Lesung des Schmutz- und Schundgesetzes bringen soll, wird vom Präsidenten Loebe pünktlich um 12 Uhr eröffnet.

Nun soll in die dritte Beratung des Schund- und Schmutzgesetzes eingetreten werden. Es ergibt sich die erstaunliche Tatsache, daß noch nicht einmal die Abänderungsanträge zu diesem Gesetz vorliegen, daß also außer den Führern der bürgerlichen Parteien kein Mensch weiß, was in dem Kompromiß wirklich enthalten ist.

Der Präsident schlägt nunmehr gemäß den vom Haushaltsausschuß aufgestellten Richtlinien für derartige Beratungen eine Redezeit von 30 Minuten für die allgemeine Aussprache, für die in drei Kapitel eingeteilte Vorlage eine Redezeit von je 10 Minuten vor.

Abg. Schred (Soz.) stellt den Antrag, die Redezeit zu verdoppeln. Es sei notwendig, die für die Gestaltung dieses Gesetzes notwendige Klarheit herbeizuführen.

daß selbst die Parteien, die sich für das Zustandekommen dieses Gesetzes einsetzen, noch nicht einmal darüber klar seien, wie es endgültig aussehen sollte.

Das beweist doch, daß eine sachliche Aussprache dringend erforderlich sei. Die Deutschnationalen hätten sich oft darüber beschwert, daß im Reichstage in unvorsichtiger Art gekämpft werde.

Der Kommunist Torgler schließt sich diesem Antrage an. Er wird wiederum von der bürgerlichen Mehrheit abgelehnt. Darauf tritt das Haus in die Beratung der Vorlage ein.

daß zur Debatte auch diejenigen Anträge stehen, die noch nicht einmal verteidigt worden sind.

Um aber dem Hause die Möglichkeit zu geben, sich mit dem Inhalt des Kompromißantrages der bürgerlichen Parteien, denen sich die Demokraten nicht angeschlossen haben, bekannt zu machen, wird dieser Antrag vom Schriftführer vorgelesen.

Nunmehr beantragt Abg. Stöcker (Komm.), die Beratung auf eine Stunde auszuweiten, damit die Fraktionen zu diesem Antrage Stellung nehmen können.

Seht teilt Abg. Schred (Soz.) die bemerkenswerte Tatsache mit, daß die von der Sozialdemokratie geforderten bereits eingereichten Abänderungsanträge noch nicht einmal gedruckt und verteilt worden seien.

Darauf tritt das Haus in die Beratung ein. Erster Redner ist Breitscheid (Soz.).

Die Kompromißanträge sind von entscheidender Bedeutung nicht nur für die Einzelberatung, sondern auch schon für diese Generaldebatte. Sie hindern uns aber daran, von diesen Anträgen vorher genau Kenntnis zu nehmen.

Nachdem der Reichstag in der zweiten Lesung die wesentlichsten Stücke aus dem Entwurf entfernt hat, erwarnten Optimisten, daß Herr Kütz die Vorlage zurückziehen werde, um so mehr als er seinerzeit zur Bekämpfung der Rückforderung an den Ausschuss verlangt hatte.

scheint die Last der Zugeständnisse - mögen die Demokraten zustimmen oder sich enthalten - doch bei denen zu liegen, die prinzipielle Bedenken gegen den Geist des Gesetzes haben.

Herr Kütz hat darauf hingearbeitet, das Kompromiß zur Rettung seines Gesetzes zustande zu bringen.

Kann Herr Kütz es mit seiner Parteizugehörigkeit und seiner politischen Überzeugung vereinbaren, daß er ein Gesetz annehmen läßt, an dem seine eigene Partei nicht beteiligt ist?

Dieses Gesetz sollte keine politische Angelegenheit sein; durch das, was in den letzten Tagen geschehen ist, wurde es zur politischen Angelegenheit, zu der sowohl die Parteien wie das Kabinett und besonders der Reichsinnenminister politische Stellung nehmen müssen.

Der Schutz der Jugend vor Schmutz und Schund, was angeblich der Zweck des Gesetzes sein soll, ist von niemandem lebhafter und

energischer anerkannt und vertreten worden, als von der Sozialdemokratie, nicht über den Zweck gehen wir auseinander, sondern den Weg, den Sie einschlagen, halten wir in höchstem Maße für bedenklich.

Herr Kütz beruft sich darauf, daß der sozialdemokratische Staatssekretär, unser Freund Heinrich Schulz, an der Vorbereitung dieses Gesetzes beteiligt gewesen sei.

Die Jugend schützt sich selbst!

Es ist eines der größten Verdienste der Sozialdemokratischen Partei, was sie auf dem Gebiete der Erziehung der Arbeiterjugend in der Tendenz zum Genuß wirklich guter geistiger Kost geleistet hat.

Die jungen Männer und jungen Mädchen, die mit Herz und Sinn bei der Arbeiterjugend sind, die sind gefest gegen den Schmutz und gegen die Gefahren, die Sie durch ein miserables Gesetz glauben abwenden zu können.

Man hat hier unsere Redner in der ersten und zweiten Lesung als "Biedermeier" bespöttelt. Nun, diese Biedermeier sind es, die ihre Kraft und Zeit in der Partei und Gewerkschaft aufgewendet haben, um die deutsche Arbeiterjugend vor gewissen sittlichen Gefahren zu bewahren.

Wir wollen diesen Schutz nicht durch zweifelhaftes Paragrafen, nicht durch die Polizei erreichen, sondern die Jugend zum Selbstschutz erziehen.

Dieses Gesetz wird und kann den vorgestellten Zweck nicht erreichen. Unterstellen wir einmal, daß alle, die für das Gesetz des Herrn Kütz eintreten, nur diesen Zweck im Auge hätten.

Der Abg. Heuß hat ungemein viel Geist zur Verteidigung einer so ungeliebten Sache verwendet. Er hat das ganze Uebel der sittlichen Verwahrlosung Jugendlicher auf die Großstädte geschoben.

Der Redner bezeichnet es als eine feldherrliche Gesetzesmachererei, daß überhaupt keine Definition gegeben sei, daß der Begriff Schmutz und Schund in keiner Weise näher begründet werde.

Der Schriftsteller Robert Breuer hat in diesen Tagen dem "Vorwärts" einige schmutzige Tatsachen aus einer Tageszeitung zusammengestellt, und zwar handelt es sich um den "Vokal-Anzeiger", der diesen Schmutz und Schund am 22. November gebracht hat.

Was ist Schund?

Jeden Tag werden von diesem Blatte in jedes Haus Schmutz und Schund hineingetragen. Wenn die Prüfstellen gegen diese Art Schmutz vorgehen wollten, dann würden sie ein ungeheures Arbeitsfeld vorfinden.

Das dänische Wahlergebnis.

Stimmzunahme der Sozialdemokratie - aber Verlust zweier Mandate. - Rücktritt der Regierung.

Kopenhagen, 3. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Bei rund 90 Proz. Wahlbeteiligung hat die Reichstagswahl in Dänemark eine Vermehrung der Stimmen für Sozialdemokraten, Konservative, Venstre und Deutschschleswiger sowie den Rechtsverband gebracht, während die radikale Partei über 10 Proz. Einbuße an Stimmen hatte.

Es erhielten Stimmen: Sozialdemokraten 498 846, Venstre (Bauernliste) 378 345, Konservative 375 909, Radikale 150 897, Rechtsverband 17 502, Deutschschleswiger Partei 10 426.

Genosse Stauning erklärte nach dem Bekanntwerden des Endergebnisses dem Vertreter des "Soz. Pressebüros": Wir Sozialdemokraten haben uns bei außerordentlich ungünstigen Umständen gut gehalten.

Das sozialdemokratische Kabinett wird sofort seine Folgerung aus der Wahl ziehen und den König bitten, die beiden Rechtsparteien mit der Regierungsbildung zu beauftragen.

Zusammensetzung des neuen Folkething.

Flensburg, 3. Dezember. (Mit.) Das neue dänische Folkething setzt sich wie folgt zusammen:

Table with 2 columns: Party Name and Mandates. Includes Sozialdemokraten (2 Mandate), Venstreabgeordnete (2 Mandate), Konservative (2 Mandate), Radikale (4 Mandate), Deutscher (1), and Kommunisten.

Das Wahlergebnis in Nordschleswig.

Flensburg, 3. Dezember. (Mit.) Das Gesamtergebnis der gestrigen dänischen Folkethingwahlen in Nordschleswig liegt nunmehr vor.

Table with 2 columns: Party Name and Votes. Includes Sozialdemokraten (16 300), Deutsche Liste (10 468), Venstrepartei (21 428), Konservative (11 810), Radikale (8 084), and Selbstverwaltungspartei (2 096).

Gewählt sind in Nordschleswig ein Deutscher (Walter Schmidt-Bodder), zwei Sozialdemokraten, drei Bauernliste und ein Konservativer.

niederschreibt, nicht von irgendeinem Normalmenschen als Schund bezeichnet werden muß, muß das geistige Schaffen erlösen. Das wird die Abwendung der intellektuellen von einem Staat zur Folge haben, der ihnen solche Hemmungen bereitet. Der Abg. Heuß hat von einer Sozialpolitik der Seele gesprochen und von einer Jugendpflegerin im Osten, der er mehr vertraue als der Dichtersakademie. Er soll sich doch einmal von dieser Jugendpflegerin etwas erzählen lassen über die entsetzliche Wohnungsnot, die sie täglich sehen muß.

Bevor wir von einer Sozialpolitik der Seele reden können, müssen wir eine Sozialpolitik des Leibes haben.

Es scheint so, als ob man jetzt den geistigen Schund und Schmutz bekämpfen will, um den wirklichen Schmutz und Schund der Wohnungsnot, des Wohnungselends, des Wohnungselends bestehen zu lassen. Heute hat sich

ein Bloß zur Schaffung des Schund- und Schmutzgesetzes zusammengefunden.

Wenn sich ein Bloß zusammenfindet, der gegen den Schmutz und Schund des Wohnungselends zu Felde zieht, dann werden auch wir zu diesem Bloß stehen, denn die wirtschaftliche und soziale Befreiung der arbeitenden Massen ist die Grundlage für die geistige und geistige Befreiung. Wir werden verstehen, das Gesetz so zu ändern, daß das Schlimmste verhütet wird. Wenn unsere Bemühungen erfolglos bleiben, dann haben wir unsere Pflicht getan, dann werden aber auch Kunst und Literatur erkennen, daß der Hort der Freiheit nicht bei den Besitzenden ist, sondern bei der nach Befreiung, nach Licht, Kultur und Bildung ringenden Arbeiterklasse. (Stürmischer Beifall links und Handklatschen.)

Darauf spricht der Abg. Rosenbaum (Komm.).

Die Brückierung Preußens.

Preußen für die Reichsregierung nicht vorhanden.

Die Ernennung Dr. Luthers zum Mitglied des Verwaltungsrats der Reichsbahn hatte seinerzeit zu einem offenen Konflikt zwischen dem Reich und dem größten Bundes des Reichs geführt. Denn die Ernennung des ehemaligen Kanzlers erfolgte unter einfacher Beilegung des von Preußen gemachten Vorschlags, so daß Preußen das einzige Land ist, das keinen eigenen Vertreter bei der Reichsbahn hat.

Nun sind vor kurzem drei Mitglieder des Verwaltungsrats durch das Los zum Ausscheiden bestimmt worden, unter ihnen auch Siemens und Dr. Luther. Mit einer geradezu beängstigenden Eile hat der Reichsminister aber die drei Ausgelosten scheinungsmäßig wieder ernannt und so verhindert, daß das frühere Versprechen, bei „erster Gelegenheit“ Preußens Wünsche zu berücksichtigen, erfüllt werde. In einer offiziellen Note, die durch den „Demokratischen Zeitungsdienst“ verbreitet wird, läßt eine „zuständige Reichsseite“ den Mäandern entstehen, als sei zwischen den beiden Regierungen alles in schönster Ordnung. Marx habe mit Braun alles besprochen, und es herrsche „volle Uebereinstimmung darüber, daß die beiderseitigen ernstlichen Bemühungen zur Beseitigung noch bestehender Meinungsverschiedenheiten keinerlei Störungen erfahren“.

Ueber diese Schönfärberei von „Reichsseite“ ist man nun in der preußischen Regierung ganz anderer Meinung. Dort ist man, wie wir erfahren, nach wie vor der Ansicht, daß die „erste Gelegenheit“ zu einer Verständigung sich bei der Auslösung der drei Herren des Verwaltungsrats geboten habe. Der preußische Ministerpräsident Braun hat auch sofort nach der Auslösung der drei Herren das Reichskabinett davon verständigt, daß Preußen es als selbstverständlich ansehe, daß jetzt sein Anspruch, über den man schon einmal hinweggegangen sei, berücksichtigt werde. Ministerpräsident Braun hat vor der entscheidenden Sitzung des Reichskabinetts in seiner Unterredung mit Reichskanzler Dr. Marx ausdrücklich darauf hingewiesen, Preußen erwarte mit Bestimmtheit, daß ein von ihm zu benennender Vertreter, über dessen Person man sicherlich durch Entgegenkommen der preußischen Regierung eine Einigung erzielen würde, in den Verwaltungsrat der Reichsbahn gewählt werde. Preußen müsse eine neuerliche Ueberachtigung seines Anspruchs als eine ausgesprochen schwere Verletzung seiner Interessen betrachten.

Aber was Bayern und jedem anderen Lande zugestanden wird, das läßt diese Reichsregierung gegen Preußen einfach außer acht!

Das Notgesetz.

Auch die christlichen Gewerkschaften nicht für die Vorschläge der Mittelparteien.

Der Reichsdienst der deutschen Presse meldet: Wie wir aus den Kreisen der christlichen Gewerkschaften und des Gewerkschaftsrings erfahren, wartet man, nachdem man Kenntnis von dem Regierungsentwurf genommen hat, nunmehr die Stellungnahme der freien Gewerkschaften ab. Bekanntlich hat sich die sozialdemokratische Reichstagsfraktion mit dem Entwurf der Regierung absolut nicht einverstanden erklären können und ihren sozialpolitischen Ausschuss beauftragt, Vorschläge auf Abänderung des Entwurfes zu machen, die in die Richtung der gemeinsamen Aktion der drei Spitzengewerkschaften vom Ende Oktober gehen sollen. Die tatsächliche Haltung der beiden anderen Gewerkschaften wird sich aus diesen Vorschlägen ergeben.

Die Regierungsmehrheit in Mecklenburg.

Kommunistisches Mißtrauensvotum mit 26 gegen 21 Stimmen abgelehnt.

Schwerin, 3. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Heute vormittag wurde im Mecklenburgischen Landtag ein kommunistisches Mißtrauensvotum gegen die Mecklenburger Einfachregierung mit 26 gegen 21 Stimmen abgelehnt. Für das Mißtrauensvotum stimmten die kommunistischen Antragsteller, die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei und die Böitischen; dagegen die Sozialdemokraten, Demokraten, Mieter- und die Wirtschaftspartei. Das Unterstützungsverhältnis der Kommunisten zur sozialdemokratisch-demokratischen Regierung ist damit gelöst.

Die Finanzierung des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Regierung in Höhe von 13 Millionen Mark wurde mit den Stimmen der Sozialdemokraten, Demokraten, Mieter, Wirtschaftsparteiler und Böitischen angenommen. Die Deutschnationalen, Volksparteiler und Kommunisten stimmten dagegen. Durch dieses Abstimmungsergebnis ist die kurze, 24stündige Regierungskrise in Mecklenburg behoben.

Erstattung der Lohnsteuer.

Rückzahlung bei Verdienstaussfall.

Wie für das vorige Jahr finden auch für das Jahr 1926 die Lohnsteuererstattungen wegen Verdienstaussfall sowie wegen besonderer wirtschaftlicher Verhältnisse statt. Die Erstattungen erfolgen wiederum nur auf Grund besonderer Anträge, die die Steuerpflichtigen in der Zeit vom 1. Januar bis 31. März 1927 bei den Finanzämtern einreichen müssen.

Die Erstattungen für 1925 erfolgten auf Grund des Gesetzes zur Vereinfachung der Lohnsteuer vom 26. Februar 1926. Die Vereinfachung bestand vor allem in der Berechnung der Erstattungsbeträge nach Pauschsätzen. Das Erstattungsverfahren für 1926 wird durch eine in Vorbereitung befindliche Verordnung und einen umfangreichen Erlaß des Reichsfinanzministeriums geregelt. Danach ist beabsichtigt, auch für das Jahr 1926 die Erstattungen nach Pauschsätzen vorzunehmen, jedoch werden die Sätze entsprechend den höheren steuerfreien Lohnbeträgen etwas höher festgesetzt werden. Gleichzeitig werden die neuen Vorschriften einige neue Erstattungsmöglichkeiten zulassen und eine weitere Vereinfachung in der Beschaffung von Unterlagen bringen.

Völkerbundhilfe gegen Angriffe.

Der Bericht de Brouckère.

Genf, 3. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Im Ratskomitee hat am Donnerstag der Vertreter Belgiens, Genosse de Brouckère, seinen Bericht über „Hilfe für den angegriffenen Staat“, wie sie im Artikel 16 des Völkerbundespatentes vorgesehen ist, erstattet. Im Laufe seines ausführlichen Berichts vermischt de Brouckère immer wieder auf die Verpfichtungen, die dem Völker-

bund nicht nur aus dem Artikel 16, sondern vor allem aus den Artikeln 11 bis 15 erwachsen, die ein Eingreifen des Völkerbundesrats schon zu einer Zeit vorsehen, wo eine Kriegsgesfahr erst droht. Die eigentliche Tätigkeit des Völkerbundes müsse dann schon einengen, wenn zwischen zwei Mächten ein bewaffneter Konflikt droht. Der Kriegszustand, wie ihn Artikel 16 vorseht, sei erst dann geschaffen, wenn der angegriffene Staat auf die Gewalt mit Gewalt antwortet. Wenn der angegriffene Staat zu einer Erwidrerung mit Gewalt allerdings zu schwach sei, dann sei der zweifelsfreie Fall des Artikels 16 gegeben. Aber auch in allen anderen Fällen habe der Völkerbund die Pflicht, sofort einzuschreiten, solange der Konflikt noch in der Entwicklung begriffen ist. Der Antrag eines Völkerbundsmitgliedes müsse genügen für ein Eingreifen des Rates. Sanktionen entsprechend dem Artikel 16 kommen nach dem Bericht de Brouckères in Frage: 1. im Falle einer formalen Kriegserklärung; 2. im Falle einer vollendeten Kriegshandlung; 3. in dem Falle, wo der angegriffene Staat mit einer Gewaltthat erwidert und dem Rat die Entscheidung über den Angreifer zuseht. Für die Durchführung der militärischen und sonstigen Maßnahmen des Völkerbundesrats gegen einen Angreiferstaat kommen nach de Brouckère nur die Völkerbundsstaaten selbst in Frage. Dem Völkerbund obliegt lediglich die Empfehlung geeigneter Maßnahmen.

Nach der Sitzung des Ratsausschusses gab Genosse de Brouckère den Journalisten noch einige Erläuterungen zu den wichtigsten Punkten seines Berichtes, wobei er noch einmal besonders unterstrich, daß die Tätigkeit des Völkerbundesrats sich immer mehr auf die Durchführung des Artikels 11 des Völkerbundespatentes einstellen müsse, der ein Eingreifen des Völkerbundesrats schon bei Kriegsbedrohung und nicht erst bei Kriegsausbruch, wie bei Artikel 16, vorseht. Ähnlich sprach sich auch Lord Cecil den Journalisten gegenüber aus.

Die Mitarbeit Deutschlands.

Genf, 3. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Im Finanzausschuss des Völkerbundes wurde das zum erstenmal teilnehmende deutsche Mitglied Dr. Melchior vom Bankhaus Warburg in Hamburg vom Vorsitzenden warm begrüßt. Er wies darauf hin, daß es für den Ausschuss von großem Werte sein werde, von den Erfahrungen Deutschlands auf dem Gebiete des Wiederaufbaues soviel Nutzen ziehen zu können.

Zur Behandlung gelangte dann die Danziger Anleihe, wozu Senatspräsident Sahm eingehende Ausführungen machte. Nach einer allgemeinen Aussprache wurde die Frage einem Unterausschuss überwiesen.

Kein Anglokrieg gegen China.

Infolge nordamerikanischer Ablehnung.

London, 3. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Während eine Reihe von Rechtsblättern seit Tagen alarmierende Berichte aus Hankau veröffentlichten, die den Eindruck erweckten, als ob gewisse Leute innerhalb und außerhalb der Regierung auf ein bewaffnetes Eingreifen hinarbeiten, bremsst das auswärtige Amt sichtlich. Man stellt fest, daß keinerlei beunruhigende Berichte aus China vorliegen, und daß die britische Kolonie in Hankau dem für Sonnabend angesetzten Generallstreik mit großer Ruhe entgegensteht.

Man wird annehmen können, daß die offizielle amerikanische Erklärung, unter keinen Umständen an einem bewaffneten Eingreifen teilzunehmen, in London einen mächtigen Einfluß geübt hat. Der neu ernannte Botschafter für China, Mills Lampton, ist zurzeit auf dem Wege nach China. Er will sofort nach Hankau gehen, um sich über die Lage zu vergewissern.

Nach dem „Star“ trifft die englische Regierung Vorbereitungen, 30 Flugzeuge nach China zu schicken, wo jetzt nur acht Militärflugzeuge sind.

Die Ereignisse in China entwickeln sich inzwischen mit großer Geschwindigkeit. Einer der letzten kantonfeindlichen Posten, die Stadt Sui-chau, ist nunmehr der Kantonregierung zugefallen. Nach einer Reuter-Meldung ist die im dortigen Hafen liegende Flotte zur Kantonregierung übergegangen. Trotz ihrer Abhaltung verbleibt die Regierung weiter im Amte und ist nach Wufschang, das Hankau gegenüberliegt, übergesiedelt.

Die anständigen Leute.

Von Paul Gutmann.

Zwischen den anständigen Leuten und den Menschen schlechthin klafft seit Jahrtausenden ein unüberbrückbarer Abgrund. Auch diesmal, bei den Kämpfen um das Schmutz- und Schundgesetz, stehen auf der einen Seite „die anständigen Leute“, wie sich die Deutschenationalen zu nennen beliebt, auf der anderen wir Menschen in der Blöße unseres guten Gewissens. Es scheint, daß die anständigen Leute sich deshalb so nennen, weil sie an allem Anstand nehmen, was der natürliche Mensch als dem Wesen der Natur entsprechend empfindet. Sie gehören durchweg der herrschenden Klasse an, und es ist ein wesentliches Mittel ihrer Herrschaft, die Ehrbaren zu spielen und die anderen, das Volk, der Untugend zu bezichtigen. „Unanständig ist, wenn es einer sieht“, lautet die Definition ihrer Moral, die dank ihrer Geldmittel, womit ihnen Raum und Zeit zur Verfügung stehen, ihnen ermöglicht wird.

Ob die fleißig auftretenden Agrarier, die daheim in ihrem Rasi mit dem Herrn Pastor Tugend verbreiten, in Berlin bei gefälligen Damen der Friedrichstraße sich schadlos halten, ob sie mit augenverdrehender Moral das für sie überflüssige Kunstwerk schmäheln, ihr Anstandsgewissen ist in beiden Fällen das gleiche. Der böse Feind, den sie bekämpfen, ist die Dessenlichkeit. Man kann den Ehebruch begehen und ihn verulken, wenn man das nötige Geld hat, man kann als Ehrenmann das Mädchen aus dem Volk verführen, wenn man die Spuren durch Rassenheime verdeckt. Der Künstler, das ist der unanständige Kerl, der einem den ganzen Spieß verdirbt, weil er die Kasse beim Namen nennt, weil er der Zeit den Spiegel vorhält. Es ist eine naive Unverschämtheit, für die Scheußlichkeit des Spiegelbilds den Künstler verantwortlich zu machen.

Der Kampf des Geistes war zu allen Zeiten ein Kampf gegen die anständigen Leute. Als Sokrates der Jugend eine freiere Bildung beibrachte, da waren es die anständigen Leute Athens, die ihn der Gottlosigkeit zeigten und ihn vergifteten. Als in Florenz die herrlichen Bildwerke der Renaissance geschaffen wurden, da rotteten sich die anständigen Leute zusammen und zerstörten in ihrer Wut gegen das Schöne unerfegliche Kunstwerke. Gegen Flauberts ergreifenden Ehebruchroman „Madame Bovary“ empörten sich alle Freunde des verschwiegenen Vasters und brachten Autor und Werk vors Gericht. Unanständig ist, wenn es einer zeigt. Der Unanständigkeit wurden Goethe geziehen. Wieland, Kleist, Mozart, Büßlin und unzählige andere Geistesheroen. Ihre hellere natürliche Sinnlichkeit verlor den Dunkelkammern und Schweinen das Gesicht. Man kennt die Moral der Jesuiten, die eine Sünde als verzeihlich erklärt, wenn der Sünder behauptet, sie habe ihm kein Vergnügen gemacht. Und man erinnere sich hierbei Th. Th. Keines Zeichnung aus einem der alten Jahrbücher des „Simplicissimus“, wo der Pastor seine nicht mit allzu vielen Reizen gesegnete Ehehälfte auf deren

Frage, ob ihr Verkehr nicht sündhaft sei, mit der Antwort beruhigt: „Sündhaft ist nur das Vergnügen.“

Wir lägen nicht und freuen uns offen aller schönen Dinge dieses Lebens. Die Kunst, die uns dieses Leben im Sinnbild zeigt, werden wir nicht den schmutzigen Händen der „anständigen Leute“ überliefern.

Edison über die Stadt der Zukunft.

Der große Erfinder Edison, der so viel für den technischen Fortschritt geleistet hat, tut einen Blick in die Zukunft und (schüderi in „Forum Magazine“, wie er sich die Großstadt in 50 Jahren vorstellt. Zeitpatende Maßnahmen werden dann noch weiter entwickelt sein als heute, und die Verkehrsfragen werden von dem Mathematiker gelöst werden, der den jetzigen lebenden Verkehrsplaner durch wissenschaftlich arbeitende Maschinen ersetzt. In manchem wird es den Leuten dann besser gehen als heute, aber in manchem auch schlechter. So erhofft der Weise von Reno-Port eine erstaunliche Herabsetzung der Steuern, weil dann „die Städte von Sachverständigen verwaltet sein werden“, aber er fürchtet eine große Zunahme der Verbrecher. Die Regulierung des Verkehrs erwartet er von zwei Methoden, einmal von der Anlegung besonderer Straßen für die raschen Beförderungsmittel und dann von der Unterdrückung der Straßenkreuzungen. Die Dächer, die jetzt im allgemeinen unbenutzt sind, werden in Landungstempel für Flugzeuge verwandelt werden, da man durch die Vervollständigung des Helicopters in Stande sein wird, senkrecht herunterzugehen. Das wird aber eine Menge neuer Unglücksfälle mit sich bringen, ohne freilich die allgemeine Verwendung des Flugzeugs aufzuhalten. Edison glaubt, daß der Lärm in den Städten der Zukunft sehr viel größer sein wird, so groß, daß die Menschen es in diesem Höllengeheiß nur aushalten können, wenn sie so ziemlich taub werden. Der Verlust des Gehörs, den er voraussieht, wird eher ein Segen als ein Hindernis für den Stadtbewohner sein. Der Erfinder spricht aus eigener Erfahrung, denn er ist fast völlig taub geworden und empfindet das durchaus nicht als störend, sondern glaubt, daß seine Nerven dadurch gestärkt worden sind. Durch die Verlärmung des Hörsinnes werden nach seiner Ansicht die anderen Sinne eine bessere Ausbildung und Verfeinerung erfahren. Zum Schluß macht er uns Deutschen ein besonderes Kompliment, denn er sagt, daß die Stadterweiterung durch Sachverständige sich in den Bahnen bewegen wird, die bereits in Deutschland eingeschlagen worden sind.

Schiller ein Opfer seiner — Tapeten? Man weiß längst — und ein bereits mehr als 40 Jahre altes Reichsgesetz hat Bezug darauf genommen —, daß gewisse Tapeten- und Anstrichfarben, soweit sie blei- oder gar arsenhaltig sind, für die Gesundheit der Bewohner des betreffenden Zimmers nicht nur nachteilig, sondern sogar gefährlich sein können. In der neuen Nummer der „Arzt-Zeitung“ für Medizinische Chemie“ weist nun Kurt Brauer auf eine bisher unbekannte Tatsache hin, die es zum mindesten nicht unwahrscheinlich macht, daß Schillers rafter Verfall und Tod eine Folge der giftigen Wirkung seiner Zimmertapeten gewesen ist. Goethe hatte ihm — wie ein besonderer Briefwechsel darüber bekundet — die bevorzugte grüne

Tapete aus Frankfurt besorgt und vor kurzem gelang es einem Chemiker Dr. Wadenroder, ein Stück der echten alten Tapete aus Schillers Zimmer aufzuklären. Bei der vorgenommenen chemischen Untersuchung fand man Arsen und Kupfer, woraus zweifellos zu schließen ist, daß jene Tapete mit Schweinfurter Grün bemalt war, dessen Verwendung für Tapeten wegen seiner Giftigkeit am 5. Juli 1887 durch Reichsgesetz verboten wurde.

„Mein Hund ist kommunist!“ Ein kurioser Prozeß wurde vor einiger Zeit in einer russischen Kleinstadt verhandelt. Eine alte Frau wollte ihren toten Hund vor der Stadt verscharrten. Unterwegs begegnete sie einem angehenden Kommunisten, der ihr zurief: „Mütterchen, warum hast du zur Begräbnung deines Hundes keinen Popen eingeladen?“ Darauf antwortete die schlagfertige Alte: „Mädelchen, wie kann ich den Popen dazu einladen? Mein Hund war doch Kommunist und darf nicht den Segen der Kirche empfangen, die ja nur für dumme und rückständige Menschen gut ist.“ Der Kommunist verklagte die Alte daraufhin wegen Beleidigung. Vor dem Gericht bestand die Alte darauf, daß es keine Beleidigung sein könne, wenn man einem Kommunisten klarmache, daß er den Segen der Kirche nicht anerkenne. Das Gericht gab ihr auch Recht und sprach sie frei.

Wie Chicago seinen 100. Geburtstag feiert. Im Jahre 1837 wird Chicago feierlich den Tag begehen, an dem die Stadt vor hundert Jahren gegründet wurde. Die Stadterwaltung und Bürgervertretung haben gemeinsam beschlossen, dies denkwürdige Jubiläum durch den Bau eines internationalen „Gesundheitstempels“ zu feiern, der aus mehreren Kriegergebäuden bestehen und insgesamt 25 Millionen Dollar kosten soll. In den Gebäuden sollen Forschungsanstalten Platz finden, die dem Wohl der leidenden Menschheit dienen werden. Der Mittelpunkt der imposanten Anlage wird aus einem Krankenhaus bestehen, das 4000 Patienten Unterkunft bietet, und das sich mit Recht als das größte Hospital der Welt bezeichnen darf.

Die Wasserkunst in Berlin in der Bildnisammlung der Berliner National-Galerie, im Hause der alten Kunstakademie am Scheinplatz, in bis einschließlich Sonntag, 12. Dezember, verlängert worden. In der letzten Woche ist sie bei freiem Eintritt zugänglich.

Verleumdung. Montag, abends 8 Uhr, hielt auf Einladung der Volkshöhe Nora Zebeler im Bürgeraal des Rathauses, Eingang Königsplatz, Alexe und neuere Balladen.

Die italienische Puppenoper im Gloria-Palast gibt täglich um 4^{1/2} Uhr nachmittags Kindervorstellungen und um 11^{1/2} Uhr abends Nachtvorstellungen.

In dem 2. Konzert des Berliner Sinfonie-Orchesters unter Leitung von Dr. Peter Raabe am 7. Dezember im Wäldchen gelangt von Paul Aleji „Bouquet“ zu einer „Angebot“ zur Berliner Orchestersinfonie.

Restaurierung der „Sala Sophia“ Ein amerikanisches Architektur-Institut hat bei der türkischen Regierung um die Erlaubnis erbeten, die Sala Sophia in Konstantinopel, weil sie eines der Meisterwerke des byzantinischen Stils darstelle, zu restaurieren. Die Restaurierung soll mit amerikanischem Geld und „ohne politische Erwägungen“ erfolgen.

Ein von Klaus von Westen (S.M.D.H.) (Dandysklub) in „Kauze“ — (Orchestra) veranstaltete die Kunstausstellung J. Sagert u. Co., Goldamer Straße 122c.

Alles hängt vom Franken ab!

Pariser Eindrücke.

Von Viktor Schiff.

Zunächst hat Poincaré den Zusammentritt der Kammer mehrfach und ohne zwingenden Grund hinausgeschoben. Als er sie dann endlich mit mehrwöchiger Verspätung einberufen ließ, erklärte er, daß man keine Stunde mehr verlieren dürfe; das Budget müsse unbedingt vor Jahresende verabschiedet sein und alle Störungen würden ausnahmslos der Budgetberatung gewidmet sein!

Sogar der Freitag, der seit Jahrzehnten der Besprechung aktueller Interpellationen vorbehalten blieb, hat diesen traditionellen Charakter verloren und ist nur noch ein parlamentarischer Tag wie alle anderen. Das heißt: von früh bis abends wird das Budget durchgepeitscht und jede noch so wichtige politische Auseinandersetzung wird von Poincaré mit den Worten barock unterbrochen, daß man die Verabschiedung des Budgets nicht verzögern dürfe. Mit dieser stereotypen Begründung lehnt er fast jeden Abänderungsantrag ab. Jedesmal stellt er die Vertrauensfrage. Eine Kredithöherung wird beantragt? — Vertrauensfrage! Eine Ersparnis angeregt? — Vertrauensfrage! Die Zurückweisung eines nebenlächtlichen Postens an den Haushaltsausschuß zwecks Nachprüfung und eventueller neuer Beschlüßfassung? — Vertrauensfrage! Und jedesmal schießt mit etwa 340 gegen 200 Stimmen die Mehrheit des Parlaments seinem Willen. Es sind fast immer dieselben Abgeordneten, die für und die gegen die Regierung stimmen: die Mehrheit besteht aus etwa 200 Mitgliedern des Nationalen Blocks und aus den Radikalen und Sozialistisch-Republikanern, die Herriot und Painlevé Gefolgschaft leisten. Die Minderheit setzt sich zusammen aus etwa 100 Sozialisten, 30 Kommunisten und ungefähr 70 Abgeordneten der Bürgerlichen Linken, die am Gedanken des Kartells der Linken festhalten.

Mit einer solchen Mehrheit könnte es scheinen, als ob der Regierung Poincaré-Herriot noch ein langes Leben beschieden wäre. In Wirklichkeit liegen die Dinge anders. Das Kabinett der „Nationalen Einheit“ ist innerlich brüchig, und noch brüchiger ist die Mehrheit, auf die es sich im Parlament stützt. Aber was die Regierung und ihre Mehrheit zusammenhält, das ist die Angst vor den währungsrechtlichen Folgen einer Kabinettskrise. Seitdem es im vergangenen Sommer beim Sturz der Regierung Briand-Cailleur und bei der Bildung der reinen Linksregierung Herriot der Hochfinanz gelungen ist, eine Panik zu erzeugen, die binnen wenigen Stunden den Pfundkurs auf nahezu 250 emporschnellen ließ, haben die meisten Radikalen eine unheimliche Angst vor der Wiederholung eines solchen Vorgangs. Sie fühlen sich ohnmächtig vor der okkulten Macht des Finanzkapitals, das den größten Teil der Boulevard-Presse beherrscht und jederzeit fähig wäre, eine neue Frankpanik zu entfesseln, um eine dem Großkapitalismus mißliebige Regierung zu stürzen. Poincaré besitzt nun einmal das Vertrauen der Großbanken, die Boulevard-Presse unterstützt ihn, und es wäre in der Tat ein gefährliches Wagnis, ihn aus innerpolitischen Gründen zu stürzen.

Tatsächlich ist es unter der Regierung Poincaré bisher gelungen, nicht nur der rasenden Frankpanik vom vergangenen Juli Einhalt zu gebieten, sondern darüber hinaus den Pfundkurs sehr erheblich zu drücken. Dieses Resultat ist um so erstaunlicher, als Poincaré steuerpolitisch nichts von dem getan hat, was man allgemein in sachmännlichen Kreisen des In- und Auslandes für die Voraussetzung einer Währungsstabilisierung hielt. Es läßt sich indessen nicht leugnen, daß diese Frankbesserung zum Teil auf das Vertrauen nicht nur des ihm freundlich gesinnten Bankkapitals, sondern auch breiter Volksmassen zurückzuführen ist, bei denen Poincaré als der „starke Mann“ gilt. Der Sturm der Besäher von einflussreichen Staatspostern auf die öffentlichen Kassen, der bei der Bildung der Einheitsregierung Herriot einsetzte, hat seit der Bildung der „Nationalen Einheitsregierung“ Poincaré nahezu aufgehört. Aber das erklärt noch lange nicht den finanziell und volkswirtschaftlich durchaus unbegründeten Aufschwung des Frankenturles. Dieser ist offensichtlich in der Hauptsache eine Folge der internationalen Währungsdevaluation. In allen Kreisen erhält man die gleiche Erklärung: Der große Frankenturz vom vergangenen Sommer ist verursacht worden durch eine Wäusespekulation des eigenen Finanzkapitals, das damit das politische Ziel der Senkung des Zinsfußes verfolgte — und die starke Frankbesserung der letzten Wochen ist eine Folge der Wäusespekulation des internationalen Finanzkapitals.

Gerade in den kompetenten Kreisen hört man immer wieder die Ansicht, daß Poincaré sich durch die ausländische Währungsdevaluation wie ein Hampelmann manövrieren lasse, daß er sich einbilde, der Frankenturle infolge seiner geschickten Finanzpolitik, daß er aber in Wirklichkeit diesen Dingen völlig hilflos und verständnislos gegenüberstehe, daß er überhaupt keine Ideen und keinen Plan habe, und daß die Dinge über kurz oder lang ein schlimmes Ende nehmen würden. Es wird vor allem Poincaré vorgeworfen, daß er die Gelegenheit verpasst habe, den Franken zu stabilisieren, als er 150 stand. Das sei, so wird versichert, der innere Wert des Franken und das sei übrigens auch der Kurs, auf dem die Voranschläge des jetzt in Beratung befindlichen Etats von 1927 beruhten. Schon ein Kurs von 125 bedeute eine derartige Mehrbelastung des öffentlichen Schuldendienstes, daß das Gleichgewicht des Staatshaushaltes dadurch über den Haufen geworfen werden würde. In seiner Rede in Lausanne am 21. November hat Poincaré angedeutet, daß er den Franken, bevor er ihn stabilisiere, zunächst revalorisieren (aufwerten) wolle, d. h., daß er den Pfundkurs zunächst noch auf 100 oder noch tiefer drücken wolle. Er selbst sprach dort von einer „langatmigen Aufgabe“, woraus man geschlossen hat, daß er auf absehbare Zeit noch nicht zu stabilisieren gedenke. Dabei hätte er durch die seit dem Sommer aufgetauften Devisenvorräte und durch die Rechte der Morgankäufe aus dem Jahre 1924 durchaus die Möglichkeit, die Stabilisierung leicht und schnell durchzuführen. Ob er aber diese Möglichkeit noch in sechs Wochen haben wird, falls ein Rückschlag infolge einer Tendenzänderung der internationalen Spekulation eintritt, wird ernsthaft bezweifelt.

Eben in den letzten Tagen war es interessant, zu beobachten, wie gerade die Organe der Handels- und Industriewelt sich in kaum verhüllten Vorwürfen gegen die Planlosigkeit Poincarés und gegen seine

„Es wird noch furchtbar tagen.“

Die Pensionäre der Republik.

In einer Schmähchrift, die zum Verrger der Rechtsradikalen auf Grund des Republikanengesetzes beschlagnahmt worden ist, findet sich folgende schöne Bemerkung:

„Unsere republikanischen Würdenträger und Lieblinge der Ballonmützen gehen heute lastfielbewaffnet, mit seidener Unterwäsche knisternd, mit 20 000 M. Pension in der Tasche und freier Eisenbahnfahrtarte 1. Klasse durch die traurige Gegenwart. Es ist nunmehr der Zeitpunkt gekommen, den Korruptionsumpf der Republik in seiner ganzen Tiefe aufzurühren und die darin herumtreibenden parlamentarischen Amphibien und Geschäftspolitiker mit ihrer ungeschminkten Räuber-moral trocken zu legen. Es wird noch furchtbar tagen!“

Inzwischen hat es bereits furchtbar getagt, aber anders als es den Reaktionen lieb ist. Von den sechzehn noch lebenden früheren sozialdemokratischen Reichsministern beziehen nur drei Pension, und zwar alle drei zusammen 36 480 M. Stellen wir dieser Tatsache gegenüber, wie die deutsche Republik diejenigen alten Reichsbeamten belohnt, die am Zusammenbruch nicht unbeteiligt waren, so finden wir ganz andere Zahlen. Es erhalten z. B.:

| | |
|---|--|
| Lirpiz, Staatssekretär a. D. | 24 960 M. |
| Capelle, Staatssekretär a. D. | 24 960 M. |
| Dr. Michailis, Reichsanwalt a. D. | 14 580 M., dazu noch von Preußen . . . 13 080 M. |

Auch die Reaktionäre, die nach dem Kriege dem Fachministeramt der Deutschnationalen ihren Aufstieg verdanken, können sich in dieser Reihe gut sehen lassen. Es erhalten z. B.:

| | |
|--|-----------|
| Dr. Cuno, Reichskanzler a. D. | 18 285 M. |
| Dr. Luther, Reichskanzler a. D. | 18 285 M. |
| Kuherdem aus dem Dispositionsfonds | 4 930 M. |
| Dr. Schulz, Reichswirtschaftsminister a. D. | 13 368 M. |
| Dazu aus anderen öffentlichen Mitteln | 9 720 M. |
| Dr. Reuhaus, Reichswirtschaftsminister a. D. | 20 904 M. |

Illusionen ergingen. Denn die „langatmige Aufgabe“ bedeutet, daß Frankreich noch wochen- und monatelang in einem Zustand fortwährender Währungs-schwankungen leben würde, den die Wirtschaftskreise schon jetzt als katastrophal empfinden. Die beträchtliche Frankenhäufung der letzten Monate hat bereits jetzt die Vorzeichen einer regelrechten Wirtschaftskrise hervorgerufen. Ausländische Kaufaufträge, die in den Zeiten viel höherer Pfundkurse erfolgten, werden jetzt massenhaft annulliert. Auch die französischen Importeure wagen nicht, Aufträge an das Ausland zu erteilen, weil sie bei weiterer Frankenhäufung ein hohes Verlustrisiko tragen. Schon machen sich nun erste Zeichen der Vorkäuferei einer Massenarbeitslosigkeit bemerkbar, vor allem in der Fertigungsindustrie. Es wurde mir versichert, daß gerade in den Tagen, als das Pfund auf unter 130 sank, die beiden größten Pariser Autoindustriellen Renault und Citroën zu Poincaré gegangen wären und ihn beschworen hätten, endlich zu stabilisieren, weil sonst der gesamten Autoindustrie, die zurzeit vielleicht die wichtigste Frankreichs ist, eine Katastrophe drohe. Tatsächlich haben in den westlichen Vororten von Paris, wo die meisten großen Autofabriken konzentriert sind, die Arbeitsverhältnisse eingeebnet.

Das Problem der Arbeitslosigkeit, um das Frankreich nach erfolgter Stabilisierung sowieso nicht herumkommen wird, ist drüben, wenigstens theoretisch, verhältnismäßig einfach zu lösen. Es gibt in Frankreich mindestens zwei Millionen ausländische Arbeiter, und es wird ganz selbstverständlich sein, daß man zunächst die Ausländer entläßt. Das wird aber zugleich ein außerordentlich schwieriges politisches Problem aufwerfen. Denn wohin soll man die neunmalkinderartigen italienischen Arbeiter abschieben, die größtenteils vom faschistischen Vallen nichts mehr wissen wollen? Was soll mit den 200 000 Ungarn geschehen, die sich unzufrieden in der gleichen Lage befinden wie die italienischen Emigranten? Welches Schicksal steht den Hunderttausenden von Russen bevor, die vor dem Bolschewismus geflüchtet sind? Wird Polen seine Hunderttausende von Staatsangehörigen wieder aufnehmen können, die als Land- und Industriearbeiter über ganz Frankreich zerstreut sind und die übrigens schon merklich dazu beigetragen haben, die Zahl der Kapitalverbrechen in Frankreich zu erhöhen? Das wird vielleicht eins der gefährlichsten Probleme der Zukunft für Frankreich sein, auf das auch Deutschland wegen allerhand naheliegender Rückwirkungen sein Augenmerk richten sollte.

Einstweilen stockt die Wirtschaft und auch eine der weiteren wichtigen Einnahmequellen der französischen Zahlungsbilanz, nämlich der Fremdenverkehr, hat stark nachgelassen. Die Pariser Hotels und Kurlokale werden von Tag zu Tag immer leerer. Die Geschäftseute der Hauptstadt klagen übereinstimmend über das Nachlassen der ausländischen Rundschau und über die mangelnde Kaufkraft der inländischen. Denn die Zeiten, in denen Frankreich ein kostbilliges Land war, sind sogar für die „valutastarken“ Ausländer vorbei, und die Leuerung hat ein Niveau erreicht, das den noch stark zurückgebliebenen Löhnen und Gehältern in keiner Weise mehr entspricht.

Das alles erzeugt einen Zustand allgemeiner Unsicherheit und Unzufriedenheit, der über kurz oder lang auch seinen politischen Ausdruck erhalten wird. Die scheinbar feste Mehrheit, über die Poincaré verfügt, darf darüber nicht hinwegtäuschen. Ihre Gründe sind hier bereits angeführt worden. Die Unzufriedenheit der Volksmassen, die sogar von dem größten Teil der Regierungskoalition empfunden wird, wird an dem Tage ihren elementaren Ausbruch finden, an dem die Poincarésche Finanzpolitik Schiffbruch erleidet. Dann wird sich auch das Parlament für die demütigende Behandlung rächen, die ihm Poincaré seit Wochen zuteil werden läßt. Gegenwärtig will aber niemand die Verantwortungen für den Ausbruch einer Regierungskrise übernehmen, die Poincaré nur den Vorwand geben würde, die Verantwortung für die von ihm selbst verschuldete neue Frankentatrasrophe auf die Linke abzumägen. Einstweilen begnügen sich die Linksparteien damit, die Senatswahlen vom 9. Januar 1927 vorzubereiten, bei denen sie durch die Vereinigung ihrer Kräfte im zweiten Wahlgang dem

Der deutschnationale Finanzminister Otto v. Schlieben bezieht zu seinem Einkommen von 14 640 M. als Präsident des Landesfinanzamtes ein „Ruhegehalt“ in Höhe von 16 860 M., zusammen sind das 31 500 M., fast soviel, wie alle drei sozialdemokratischen Minister zusammen bekommen! Dabei bleibt noch eine Preisfrage: Ruht er nun mehr oder präsidiert er mehr?

Eine besondere Nummer ist Herr Balltraf, kaiserlicher Staatssekretär und Oberbürgermeister a. D., jetzt noch deutschnationaler Reichstagsabgeordneter. Als vorübergehender Präsident des Reichstages von 1924 hat er nur dafür gesorgt, daß jedermann einen Vergleich zwischen seinen Fähigkeiten und denen des deutschen Arbeiters Paul Böbe anstellen konnte. Seine mangelnde Begabung wurde täglich fühlbarer. Aber der Mann hat auch schon Lebenserinnerungen geschrieben, in denen er sich beiläufig auch mit der Sozialdemokratie beschäftigt und folgende Weisheit von sich gibt:

Es ist falsch, wenn man die Masse glauben macht, jeder einzelne mit mäßiger Arbeitsleistung und Begabung könne einen befriedigenden Anteil an den Genüssen des Lebens gewinnen. So reich ist der Tisch der Welt leider nicht gedeckt.

Für die mehr als mäßige Begabung des Herrn Balltraf ist der „Tisch der Welt“ immer noch überreich gedeckt. Er bezieht vom Reich die Kleinigkeit von

24 024 Reichsmark als Pension!

Und seine Diäten als Abgeordneter der Deutschnationalen selbstverständlich noch dazu!

Das sind so einige Heiden deutschnationaler „Sparbarkeit“, zum Teil Leute, die den unterbezahlten Beamten jede Gehaltsbewegung unterbinden möchten!

Ja, es hat bereits furchtbar getagt — nicht zum Schaden der Republik!

Nationalen Block eine empfindliche Schlappe beizubringen hoffen. Bis dahin dürfte das Parlament weiter, wenn auch zähneknirschend, die Tyrannie Poincarés erdulden. Alles übrige hängt vom Franken ab!

„Alliierte“ Besprechungen über die Kontrolle.

Briand mit Chamberlain und Zaleski.

Paris, 3. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Außenminister Briand am Freitag mittag zu Ehren des anwesenden englischen Außenministers Chamberlain ein Frühstück veranstalten, zu welchem auch Poincaré, Herriot und der englische Botschafter in Paris zugezogen werden. Die politische Aussprache zwischen den beiden Außenministern wird dann erst im Anschluß an dieses Frühstück beginnen. Hingegen hat Briand bereits in den Abendstunden des Donnerstag den polnischen Außenminister empfangen. Die polnische Botschaft hat in einer Mitteilung an die Presse als Zweck des Pariser Aufenthaltes des polnischen Außenministers bezeichnet, sich in erster Linie mit Briand über die deutsche Abrüstung und die Umstellung der Militärkontrolle zu unterhalten, woran Polen besonders interessiert sei. Darüber hinaus würden die Besprechungen der beiden Staatsmänner sich auch auf die gegenwärtig schwebenden deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen, auf die von der Stadt Danzig durch Vermittlung des Völkerbundes auszugebende Anleihe und andere politische Fragen erstrecken.

Zusammenstoß mit Poincaré.

Paris, 3. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Kurz vor Abschluß der Kammer Sitzung kam es am Donnerstagabend noch zu einer scharfen Auseinandersetzung zwischen Poincaré und dem Abgeordneten Ernst Lafont, der eine Interpellation über das Streichholzmonopol eingebracht hatte. Poincaré widersetzte sich der sofortigen Besprechung und erklärte, die Nachrichten über eine Ueberlassung des Streichholzmonopols an die Privatindustrie entspräche nicht den Tatsachen. Die Regierung prüfe lediglich verschiedene Vorschläge. Das Parlament werde rechtzeitig informiert. Als Lafont diese Erklärungen Poincarés in Zweifel zog, sprach der Ministerpräsident auf und rief: „Nur Zeitungen können so wie Sie die geheimen Gedanken Ihrer Mitmenschen in Zweifel ziehen“, worauf Lafont erwiderte: „Ihr Jörn, Herr Ministerpräsident, beweist mir, daß ich auf dem rechten Wege bin, und daß ich den Rummel aufgedeckt habe.“ Darauf rief Poincaré: „Herr Abgeordneter, ich verachte nicht nur Ihre Beleidigungen, sondern noch viel mehr den Mann, der sie vorbringt.“ Bei diesen Worten entstand eine lebhafteste Bewegung auf allen Bänken des Hauses. Der Kammerpräsident griff ein und ermahnte Poincaré zur Ruhe. Dieser verlangte darauf unter Stellung der Vertrauensfrage die Vertagung sämtlicher Interpellationen.

Anna Balabanoffs Vortragsreise.

Erfolgssteigerung durch das Prager Verbot.

Prag, 3. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Die Vortragsreise, die die italienische Genossin Anna Balabanoff durch Deutschland führt, hat durch Redeverbot der Prager Polizei gewaltig an Werbekraft gewonnen. Genossin Balabanoff sprach in der letzten Woche in Karlsbad, Komotau, Saaz, Brüx, Falkenau und Reudersdorf vor geschlossenen Versammlungen der deutschen Sozialdemokraten, die durchweg außerordentlich stark besucht waren, und in denen der Kampfwiller der subetendeutschen Arbeiterschaft gegen den Faschismus und ihre Solidarität mit dem italienischen Proletariat grandiosen Ausdruck fand. Die Arbeiterschaft denkt also nicht daran, den Bütteln Mussolinis auch nur um einen Schritt zu weichen.

Memellandreise. Der litauische Gouverneur hatte ohne Befragen der deutschbürgerlichen Landtagsmehrheit zum Präsidenten des Landesdirektoriums (Regierungschef) Herrn Falk ernannt. Da ihm die Landtagsmehrheit das Vertrauen verweigerte, ist er zurückgetreten. Der Gouverneur hat den Rücktritt Falks angenommen und ihn mit der Weiterführung der Geschäfte betraut.

Allu-Ostoberschleffisches. In Chorzow hatte der Bürgermeister die Gemeindevertreter zu einer Vorbereitungsversammlung eingeladen. Als die Beratungen ausgenommen wurden, erschien der russisch-fürstliche Führer Boret mit noch zehn anderen und fiel über die deutschen Gemeindevertreter her. Dr. Schulz, Banasch und Seipelt wurden schwer mißhandelt.

Frankreich und das Washingtoner Abkommen

Auch der Senat für Ratifizierung.

Paris, 2. Dezember. (WZB.) Der Senatsausschuss für Handelsfragen hat heute nachmittags den Gesetzentwurf betr. die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag geprüft. Dieser Gesetzentwurf hatte die Kammer unter dem Vorbehalt, daß diese Ratifizierung für Frankreich erst verbindlich werde in dem Augenblick, in welchem Deutschland das Abkommen ratifiziert habe, bereits vor 16 Monaten angenommen. Der Senatsausschuss beschloß mit 7 gegen 4 Stimmen dem Senat die Ratifizierung des Abkommens mit dem gleichen Vorbehalt wie die Kammer vorzuschlagen.

Damit ist endlich Klarheit geschaffen: auch der französische Senat wird ratifizieren. Diese Ratifizierung hat aber zur Voraussetzung, daß auch Deutschland ratifiziert. Was aber geschieht in Deutschland? Obwohl kein Mensch heute mehr zu bestreiten wagt, daß infolge der Rationalisierung die Arbeitsleistung gegenüber der Vorkriegszeit relativ wie absolut ganz außerordentlich gestiegen ist, obwohl die himmelschreiende Tatsache der Ueberstunden mit gleichzeitiger Massenarbeitslosigkeit sozial wie finanziell gleich unerträglich ist, versuchen die bürgerlichen Parteien unter dem Druck einer kleinen Gruppe von Sozialreaktionären das Rotgesetz der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen vollkommen zu entwerfen. So kann es wirklich nicht gehen!

Was Zentrum und Demokraten ihren Arbeitern zumuten, ist ein starkes Stück. Diese offensichtliche Nichtachtung kann von der Arbeiterschaft nicht anders als ein Faustschlag empfunden werden. Die Arbeiterschaft wird diesen Faustschlag nicht ruhig hinnehmen, darüber sollen sich die Regierungsparteien keiner Täuschung hingeben.

Der Sturm liegt bereits auf der Lauer. Die Erbitterung der Arbeitlosen, die das Ueberstundenunwesen mit steigendem Unmut betrachten, wächst. Zugleich wächst der Ekel über das Pharisäertum, das auf der einen Seite fortwährend von dem sittlichen Wert der Arbeit und von der ungeheuren Wichtigkeit der Arbeitsbeschaffung redet und auf der anderen Seite den Zutritt zu dem Himmelreich, zu dieser so hoch gepriesenen Arbeit versperrt. Die Regierungsparteien spielen ein gefährliches Spiel.

Der Schiedspruch für Sachsen-Thüringen verbindlich.

Arbeitsaufnahme am Montag.

Die Reichsarbeitsminister hat heute vormittag den Schiedspruch für den sächsisch-thüringischen Webereibezirk für verbindlich erklärt. Infolge dieser Entscheidung hat der Deutsche Textilarbeiterverband beschlossen, daß sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen, sowohl die Streikenden wie die Ausgesperrten, am Montag gemeinsam die Arbeit wieder aufnehmen. Die Unternehmer hatten verlangt, daß erst die Streikenden die Arbeit wieder aufnehmen sollen.

Der Schiedspruch bringt eine Lohnerhöhung von sechs Prozent, die praktisch jedoch eine solche von etwa 7 1/2 Prozent ist, da bei der Berechnung einseitige Pfennige nach oben abgerundet werden. Der Erfolg ist zwar kein voller Erfolg, da 15 Proz. gefordert waren. Berücksichtigt man jedoch, daß die Unternehmer jede Lohnerhöhung ablehnten und den Streik in zwei Fabriken mit der Aussperrung von 26 000 Arbeitern und Arbeiterinnen beantworteten, denen sämtlich die Vorteile des Schiedspruchs zugute kommen, so kann man wohl sagen, daß dieser Erfolg des Deutschen Textilarbeiterverbandes sich sehen lassen kann.

Die Lohnbewegung in der Textilindustrie.

In Rheinland und in der Lausitz.

In der sauischer Tuchindustrie kündigten die Gewerkschaften das bestehende Lohnabkommen und forderten 15 Proz. Lohnerhöhung. Die bisher statigefundenen zwei Verhandlungen scheiterten, weil die Unternehmer jede Lohnerhöhung ablehnten. In dieser Streiksache haben die Gewerkschaften den zuständigen Schlichter angerufen, der den Verhandlungstermin auf den 8. Dezember festgelegt hat.

In der Krefelder Seidenindustrie forderten die Gewerkschaften 10 Proz. Lohnerhöhung. Auch hier verweigerten die Unternehmer zunächst jede Lohnzulage. Erst bei den Verhandlungen am 29. November boten die Unternehmer eine Lohnzulage von nur 3 Proz., aber auch dies nur für die Zeitlohnarbeiter. Da dann sämtliche Akkordarbeiter leer ausgegangen wären, mußte das Angebot abgelehnt werden. Infolge dieses völlig ungenügenden Angebots haben am 2. Dezember die Couleurfärber in Krefeld die Arbeit niedergelegt.

Auch im Bezirk München-Gladbach, Rhend und Umgegend lehnten die Unternehmer jede Lohnerhöhung ab.

Hier haben die Passierer der Buchstabenbereiung die Kündigung eingereicht. Als Gegenmaßnahme haben die Unternehmer den Hilfsarbeitern der Passierer gekündigt.

Im Bezirk Rechtsrhein kündigten die Gewerkschaften das bestehende Lohn- und Arbeitszeitabkommen. Daraufhin kündigten die Unternehmer den gesamten Manteltarif mit Ablauf zum 31. Dezember.

Kommunistenschwindel.

Zur kommunistischen Erwerbslosenkonferenz.

Unter den 429 angeblichen Delegierten der sogenannten Reichserwerbslosenkonferenz der kommunistischen Partei befinden sich, nach dem Bericht der „Roten Fahne“, auch 33 angebliche Sozialdemokraten. Selbst wenn diese 33 wirklich eingeschriebene Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei wären, so würde dieses Ergebnis der kommunistischen Sache doch ziemlich mager sein. Jedenfalls zeigt es, daß der Schwindel nicht gezogen hat. Noch nicht einmal 8 Proz. der angeblichen Delegierten sind Sozialdemokraten. Auch die „Rote Fahne“ wird nicht behaupten wollen, daß bei wirklichen Wahlen die Sozialdemokraten unter der Arbeiterschaft nur 8 Proz. der Stimmen erhalten würden.

Was für sonderbare Sozialdemokraten diese 33 Konzeptionschützen sind, beweist die „Rote Fahne“ selbst am besten. Sie behauptet nämlich, daß diese 33 an die Redaktion des „Vorwärts“ einen Brief geschrieben hätten. Zum Beweis veröffentlicht das Volkswissenblatt diesen Brief, der im übrigen in jeder Beziehung belanglos ist. Wir stellen demgegenüber fest, daß wir weder diesen noch einen anderen Brief von irgendeiner wirklichen oder angeblichen Delegation zu der kommunistischen Erwerbslosenkonferenz erhalten haben. Der Brief, wie die ganze Delegation, wie die Erwerbslosenkonferenz überhaupt, ist ein ganz dummer kommunistischer Schwindel.

Die Protestbewegung der Beamten.

Auch der Deutsche Beamtenbund veranstaltete gestern zwei Protestversammlungen, die gleichfalls überfüllt waren und stürmisch verliefen, besonders in den Germania-Sälen. Der erste Redner, Kamolla, schilderte sehr ausführlich den bisherigen Verlauf der Verhandlungen mit dem Reichsfinanzminister und ging dann auf die ablehnende Haltung der Länderregierungen in der Konferenz am letzten Montag ein. Die Anwesenden waren jedoch so erregt, daß sie den Redner fortwährend unterbrachen, ihn mit wenig parlamentarischen Zurscheln apostrophierten und stürmisch sein Abtreten verlangten. Zeitweise tobte die Versammlung, ohne daß es der Leitung gelang, für Ruhe zu sorgen.

In einer Entschließung betonten die Anwesenden, daß sie die jetzige Weidnachtsbeihilfe nicht als endgültige Befriedigung ihrer Forderungen aufassen könnten, sondern, daß man eine Herabsetzung der Beamtengehälter in den Gehaltsstufen 1 bis 6 laufend verlange.

In der Diskussion kam die Erregung der Unterbeamten über die Lage der Beamenschaft sehr lebhaft zum Ausdruck, und die Stimmung wurde nicht unwesentlich durch eine Rede des kommunistischen Reichstagsabgeordneten Torge beeinflusst, der erklärte, daß die Beamten nur durch Kampf eine Erfüllung ihrer berechtigten Forderungen erhoffen könnten.

Rationalisierung.

In den Deutschen Gasolinwerken.

Welche „Anforderungen“ in der Zeit der Rationalisierung an Stellungsuchende gestellt werden, übersteigt in manchen Firmen alles überhaupt Denkbare. So suchten vor kurzem die Deutschen Gasolinwerke in Schöneberg einen Ingenieur. Den Bewerbern wurde ein Fragebogen mitgegeben, der neben einer Anzahl Fragen, gegen die an sich nicht viel einzuwenden ist, auch solche enthält, deren Beantwortung alles andere als die Eignung des Bewerbers für die ausgeschriebene Stellung beweisen dürfte.

Man will nicht nur die Religionszugehörigkeit des Bewerbers wissen, sondern auch den Beruf seines Vaters sowie die persönlichen Verhältnisse der Mutter und Geschwister! Damit noch nicht genug, verlangt man weiter genaue Angaben über seine Militärverhältnisse, wie die Dauer seiner Dienstzeit, eventuelle Orden und Ehrenzeichen und Militärenten. Zum Schluß gibt man den Bewerbern noch mit auf den Weg, in ihren Gehaltsansprüchen maßig zu sein und etwa 200 M. Monatsgehalt zu fordern, wodurch sie auf die Vorzugsliste kommen würden. Wir können uns nicht denken, daß ausgerechnet ein Bewerber, der allen diesen Anforderungen entsprechen würde, der beste Organisations- oder Leiter eines Betriebes bzw. eines technischen Bureaus sein sollte. Die soziale Stellung der Geschwister, die militärischen „Auszeichnungen“ sind kein Beweis für die berufliche Tüchtigkeit eines Bewerbers.

Es scheint, daß die Deutschen Gasolinwerke nicht einen tüchtigen Ingenieur suchen, sondern einen Organisator einer Stahlhelmtuppe. Vielleicht ist die Firma auch der Ansicht, daß ihre Arbeiter auch ohne eine gute technische Organisation des Betriebes zu den gewünschten höheren Leistungen kommen, wenn im Betriebe der alte preussische Koffernhofhohn herrscht.

Bedürftigkeitsprüfung.

In Hohenneuendorf bei Berlin.

Es ist vom Reichsarbeitsministerium angeordnet worden, daß bei der Prüfung der Bedürftigkeit Erwerbsloser mit größter Liberalität vorgegangen werden soll. Wie nachgeordnete Stellen verfahren, dafür zur Illustrierung folgender Fall.

Ein Schriftföher, der in Hohenneuendorf bei Berlin wohnt, wurde arbeitslos, nachdem er sechs Monate in Arbeit gestanden hatte, vorher aber acht Wochen arbeitslos gewesen war. Er stellte also den Antrag auf Gewährung der Erwerbslosenfürsorge. Darauf erhielt er vom Gemeindevorsteher, einem Dr. Moritz, unterm 24. November 1933, folgenden Bescheid:

Die Erwerbslosenunterstützung wird ohne Rücksicht auf die geleisteten Beiträge nur im Bedürftigkeitsfalle gewährt. Sie sind unverheiratet, haben in der Woche 52 M. verdient und es ist anzunehmen, daß Sie für die Erwerbslosigkeit Rücklagen gemacht haben. Ihrem Antrage kann daher vorläufig nicht entsprochen werden.

Im übrigen besteht bei Buchdruckern kein nennenswerter Arbeitsmangel.

Die Begründung des phantasiebegabten Gemeindevorstehers könnte man für eine etwas stark aufgetragene Karikatur halten. Also weil die meisten Buchdrucker in Arbeit stehen, brauchen die arbeitslosen Buchdrucker keine Unterstützung. Bei einem Wochenlohn von 32 Mark — neiaabene während eines halben Jahres — kann jemand Rücklagen machen und zwar in solchem Ausmaße, daß er als Rentner ein beschauliches Dasein führen kann. Zwar hat der Reichsarbeitsminister angeordnet, daß solche kleine Sparguthaben — deren Ersitzung dieser Gemeindevorsteher gar nicht nachzuweisen versucht — nicht die Gewährung von Erwerbslosenunterstützung verhindern darf. Aber der Gemeindevorsteher von Hohenneuendorf hat offenbar andere Grundzüge.

Wir nehmen ohne weiteres an, daß Beschwerde erhoben und der Dr. Moritz von Hohenneuendorf entsprechend gerüffelt wird.

Keine Arbeit im Ruhrgebiet!

Vor Zureise wird gewarnt.

Essen, 2. Dezember. (Fig. Drahtber.) In der letzten Zeit sind in der Presse mehrfach Nachrichten über einen Mehrbedarf an Arbeitskräften im rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbau verbreitet worden. Diese Veröffentlichungen scheinen eine Wanderbewegung und einen planlosen Zuzug ins Ruhrgebiet hervorgerufen zu haben. Es ist gewiß, daß in den letzten Monaten eine gewisse Nachfrage nach Arbeitskräften bestand, jedoch handelte es sich hierbei um erstklassige Fachkräfte, und zwar in der Hauptsache um Kohlenhauer mit entsprechenden Papieren. Trotz dieser Besserung des bergbaulichen Arbeitsmarktes ist jedoch die Arbeitslosigkeit im Ruhrgebiet noch so groß, daß der Bedarf an Fachkräften, besonders an Tagesarbeitern und ungelerten Kräften, im eigenen Bezirk sehr gut gedeckt werden kann. Es muß daher von einer ungerichteten Abwanderung zur Arbeitsuche ins Ruhrgebiet dringend gewarnt werden, da keinerlei Aussicht auf Erlangung einer Beschöpfung besteht.

Wahlerfolg des Bergarbeiterverbandes.

Beuthen, 2. Dezember. (WZB.) Die letzten Betriebsratswahlen im obereschlesischen Bergbauerevier hatten bereits einen starken Rückgang der polnischen Stimmen gebracht. Bei den vor einigen Tagen abgehaltenen Betriebsratswahlen auf der Hohenzollern-Grube verlor die polnische Berufsvereinigung nicht weniger als vier Mandate, die sämtlich der Deutsche Bergarbeiterverband gewann. Die Mandate verteilen sich jetzt wie folgt: Deutscher Bergarbeiterverband 11 Sitze, Polnische Berufsvereinigung 4 Sitze (gegenüber 8 Sitzen), Christliche Gewerkschaften 2 Sitze.

Neue Verhandlungen im obereschlesischen Bergbau.

Beuthen, 2. Dezember. (WZB.) Nach der Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruchs im obereschlesischen Bergbau wird der höhere Lohn vom 15. bis 30. November für jeden Arbeiter zur Schicht zugesprochen. Für den Monat Dezember haben die Arbeitgeber beantragt, daß die Lohnsätze auf sämtliche Arbeiter prozentual verteilt werden. Da die Gewerkschaften diesen Standpunkt nicht billigen, haben die Arbeitgeber Verhandlungen beantragt.

7 1/2 Prozent Lohnerhöhung für die Eisenbahner.

In Amerika.

New York, 2. Dezember. (WZB.) Die Schiedsgerichtskommission genehmigte für ungefähr 90 000 Eisenbahner in den östlichen Staaten Lohnerhöhungen von 7 1/2 Proz. Dadurch ist der Konflikt, der über ein Jahr dauerte, beendet.

Verantwortlich für Vorkist: Dr. Gust Geyer; Wirtschaft: Heinz Gatenst; Gewerkschaftsbewegung: Friedrich Gaters; Kautschuk: R. G. Föhler; Soziales und Konflikte: Rik Kautsch; Anzeigen: H. Glöckel; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3, 3. Stock, 1. Etage.

Total-Ausverkauf
zu sensationell billigen Preisen!
Bekannt als Qualitätsware

Wiener Pelz-Haus
Leipziger Straße 89 Ecke Markgrafestraße
gegenüber beiden Michels
Jedem / Mantel / Skunk / Fäuche / Mäffen / Mäße

Betten

| | | | | |
|-----------------------|------|------|------|------|
| Deckbetten | 12.- | 24.- | 41.- | 55.- |
| Unterbetten | 10.- | 18.- | 32.- | 43.- |
| Kopfkissen | 4.- | 7.- | 12.- | 19.- |
| Stoppdecken | 13.- | 18.- | 18.- | 20.- |
| Dannendecken | 48.- | 60.- | 80.- | 95.- |
| Mattalbetten | 18.- | 18.- | 22.- | 27.- |
| Stig. Matr. u. Kelik. | 15.- | 18.- | 24.- | 28.- |

Bettenhaus A. Schonert
Oranienstraße 12 — Eckhaus Heinrichplatz

Frische, Junge Fettgänse (1.10 / 1.20)
allererste Qualität
Wegener, Berlin SO.
Marlannenstraße 34

100% MARK
Qualitäts-Babylon-Reklamemarken
gegen Nachahmung
gesetzl. gesch.
fertig seit 45 Jahren
als Spezialität
Conrad Müller
Schkenditz-Letzau

Film-Palast Schönhauser Tor
Ecke Linien- und Lothringer Strasse
(Am Untergrundbahnhof Schönhauser Tor)

Ab Freitag, 3. Dezember:
Die größte Sensation der jetzigen Zeit!
Das große russische Kunstwerk!
Die russische Bartholomäusnacht!

Der schwarze Sonntag
(Der 6. Januar 1905)

Ein Film aus russischen Revolutionstagen
mit Massenaktionen von ungeheurer Wucht

Beginn der Vorstellungen:
Wochentags 6, 7.45, 9 Uhr; Sonntags 3, 7, 9

Kaufen Sie:

Teppiche, Tisch- u. Diwandecken
Gardinen
nur bei uns im

Spezialgeschäft

Sie werden kulant, aufs beste und außerordentlich billig bedient.

Enorme Auswahl erstkl. Fabrikate

Ohne Aufschlag liefern wir die Ware sofort bei Anzahlung und bequemen Ratenzahlungen

Sächsisches Gardinen- u. Einrichtungs-Haus
nur Neukölln, Hermannstr. 32

Sport-Stiefel
Wandersiefel: Beresteiger
nur in best. Bekannten Spezialgeschäft
Berlin
Spittelmarkt 1
u. b. Tridls

Ischias

Schwere Fälle heiligt werden. Spezialtherapie
Lackierung und Bekanntheit, ärztl. empfohlen.
Friedrichstraße 105, 5-11, 1-4, Sonntag 12-12, heute

Küchen
jetzt bedeutend billiger

| | | |
|------------------------|--------|--------|
| Erle-Küchen | 40 M. | 70 M. |
| Antike-Küchen | 70 M. | 110 M. |
| Antike-Küchen | 95 M. | 145 M. |
| Antike-Küchen | 125 M. | 175 M. |
| Küchenmöbel, rd. 30 cm | 50 M. | |
| antike | 50 M. | |

Anstellung fälschlicher Küchen.
Küchenmöbel-Haus
Laserstein, Luckauer Straße 1
Ecke Oranienstr., nahe Moritzplatz

Auf Teilzahlung
Herrn- u. Burschen-Garderobe!
Anzahlung / 24 Wochenraten
CAMNITZER
Schönhauser Allee 62!
am Hochbahnhof Nordring

Auf Teilzahlung!

Herrn- u. Damen-
Garderobe
Mäntel, Ulster, Paletots, Anzüge, Joppen.

MÖBEL
Schl.- u. Speise-, Herrenzimmer, Küchen, Einzelmöbel, Federbetten.

Anders, Gr. Frankfurter Str. 34
Spezialherren- u. Damen-
besonders billig!

Photoapparate
Bedarfsartikel
Entwickeln - Kopieren
gut und preiswert
Photo - Spezialhaus Haller
Kobusstr. Damm 91

Bestfedern Adolf Pohl
Dresdener Straße 13
(Fabrikgebäude)

Der Berliner Museumskrieg.

Bode wegen Erkrankung vor Gericht nicht erschienen.

Vor dem Erweiterten Schöffengericht Mitte begann heute früh im Kleinen Schwurgerichtssaal unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Hoefler der in der ganzen Kunstwelt mit Spannung erwartete sogenannte Berliner Museumskriegsprozess.

Wilhelm v. Bode hatte am 25. Januar 1925 in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ einen Aufsatz über „Die Zukunft des Nationalen Museums in Dahlem“ veröffentlicht. Im Anschluß daran war in der Zeitung „Die Zeit“ am 27. April desselben Jahres ein Artikel des Kunsthistorikers Hans Rosenhagen erschienen mit der Überschrift: „Enthüllungen im Berliner Museumskrieg“. Durch diesen Artikel fühlte sich Ministerialrat Dr. Gall beleidigt und stellte Strafantrag. Es ist daher nunmehr gegen den damals verantwortlichen Redakteur der „Zeit“, Gomoll, und den Kunsthistoriker Hans Rosenhagen Anklage wegen öffentlicher Beleidigung durch Staatsanwaltschaftsrat Kirchner erhoben worden. Die beiden Angeklagten haben zu der heutigen Verhandlung durch Rechtsanwalt Dr. Zwan Goldschmidt einen umfangreichen Zeugenbeweis zur Erhärtung der Wahrheit ihrer Behauptungen gestellt. Den Mittelpunkt dieses Beweises bildet Wirtschaftler Geheimrat Dr. Wilhelm von Bode. Ministerialrat Dr. Gall hat sich dem Strafverfahren als Nebenkläger angeschlossen, er ist zur Verhandlung persönlich erschienen und es steht ihm als Rechtsbeistand Rechtsanwalt Dr. Max Alsborg zur Seite.

Die unter Anklage gestellten Sätze des Artikels lauten wie folgt: „Unmüßig scheidet auch durch, weshalb die Fertigstellung des Nationalen Museums, um das der ganze Museumskrieg geht, vom Kultusministerium her hintertrieben wurde. Es verläutelt nämlich, daß in dem Museum eine Wohnung für Herrn Dr. Gall hergerichtet worden ist. Er hat demnach recht persönliche Gründe gehabt, die Pläne Bodes für dieses Museum zu durchkreuzen. Man ist es neuerdings freilich leider gewöhnt, von Beamten zu hören, die ihre amtliche Stellung dazu benutzen, sich persönliche Vorteile zu verschaffen; aber, daß ein Beamter zur Erreichung dieses Zweckes einen der verdienstvollsten Männer des Staates, einen Gelehrten von Belang, an der Vollenbung seines Lebenswertes hindert, und alles Mögliche unternimmt, ihn in der Leitung der Mitwelt herabzusetzen, ist wirklich neu. Es ist ein unerhörter Zustand für ein geordnetes Staatswesen, daß so gewichtige Einrichtungen, wie die Nationalen Museen einer Persönlichkeit von der eigentümlichen Charakteranlage des Herrn Dr. Gall unterstellt werden konnten.“

Nach Eröffnung der Sitzung verwies der Vorsitzende darauf, daß nach den Zeitungsmeldungen den heute früh Erzellenz von Bode schwer erkrankt sei. Landgerichtsdirektor Hoefler knüpfte daran folgende Bemerkungen: Zu Beginn der Verhandlungen möchte ich fragen, ob es nötig ist, daß alle die vielen Zeugen vernommen werden müssen. Vielfach handelt es sich um hohe Beamte in verantwortlicher Stellung, die schwer abkömmlich sind. Wie sieht nicht der ganze Streit auf gütlichem Wege beilegen? Ich

weiß nicht, ob es nicht der Sache, für die die Herren kämpfen, mehr schaden würde, wenn alle diese Dinge in der breiten Öffentlichkeit erörtert werden, und ob ein sachliches Interesse dafür besteht, Dinge aufzuführen, die nur interne Kreise interessieren. Außerdem handelt es sich auch bei den Zeugen um Beamte, die in die recht unangenehme Lage kommen, sich über Vorgelegte zu äußern. Vielleicht hat auch keine Partei ein Interesse daran, daß hier man eine hochangesehene Persönlichkeit kritisiert wird. Das läßt sich aber nicht vermeiden, wenn es zu Verhandlungen kommt. Vielleicht gibt die wohl berechtigte Rücksichtnahme auf bestimmte Persönlichkeiten Anlaß zu einem Vergleich, der bei Beginn noch leicht wäre, später auf Schwierigkeiten stoßen würde. Es könnte sein, daß das Gericht, nachdem Zeugen vernommen werden sind, nicht mehr in der Lage wäre, der einen oder anderen Partei zu einem Vergleich zu raten. — Der Angeklagte Rosenhagen glaubt nicht, daß ein Vergleich möglich sei. Vorl. Herr Rosenhagen, Sie haben in einem Rachartikel zugegeben, daß Dr. Gall vielleicht bei dem Wohnungsbau von sachlichen Gründen ausgegangen sei. Ueberlegen Sie sich, ob Sie die Sache nicht höher stellen wollen. Angekl. Rosenhagen:

„Gerade jetzt muß die Sache zur Sprache kommen.“

Vorl. Der Museumskrieg wird hier doch nicht entschieden werden, und Sie müssen doch immerhin damit rechnen, daß die Beweisaufnahme nicht zu Ihrer Befriedigung ausfällt. Angekl. Es würde das ja so aussehen, als ob ich mir die Behauptungen aus dem Kermel geschüttelt habe. Vorl. Das braucht es keineswegs. Bei einem Vergleich können die Parteien sich entgegenkommen. Bei Herren, die auf einer geistig so hohen Stufe stehen, müßte es leicht sein, einen Ausgleich zu schaffen. Es würden hier interne Sachen zur Sprache kommen, die keinem der Zeugen angenehm sind, und die der Öffentlichkeit gleichgültig sind. Dieser Streit vor Gericht liegt keineswegs im Interesse der Kunstlerkreise. Angekl. Ich glaube doch. Der Nebenkläger Ministerialrat Dr. Gall: Ein Vergleich wäre nur möglich, wenn die Gegenseite alles widerruft. Vorl. Das ist kein Vergleich. R. A. Dr. Alsborg: In den Morgenzeitungen erscheint ausführlicher eine Notiz, daß der Hauptzeuge, Wilhelm von Bode, wegen Krankheit nicht erscheinen könne. Wir legen auf diesen Zeugen das größte Gewicht. Nach längerer Ausführungen der beiden Parteien erklärte Rechtsanwalt Dr. Alsborg, daß auf die Vernehmung v. Bodes an Gerichtsstelle nicht verzichtet werden könne. Die Ausführungen des Angeklagten beweisen immer wieder, daß er der Schildträger Bodes sei. Wir wollen nachweisen, daß die Pläne Bodes durch den Wohnungsbau überhaupt nicht durchkreuzt worden sind. Nach längerer Beratung beschloß das Gericht, durch einen noch zu ernennenden Gerichtsarzt in der Wohnung des Herrn v. Bode feststellen zu lassen, ob Erzellenz v. Bode in der Lage sein werde, heute oder an einem der nächsten Tage zu erscheinen, oder ob überhaupt eine Wiederherstellung des Herrn v. Bode in absehbarer Zeit zu rechnen sei, so daß er an Gerichtsstelle erscheinen könne.

den Eden der Kommandantenstraße und der Beuthstraße, sind auch bereits in Betrieb genommen worden. Die Ueberwege für die Fußgänger sind durch Verkehrssteile gekennzeichnet. Damit sind die straßenbautechnischen Umgestaltungsarbeiten abgeschlossen. Es ist nur noch die Umänderung der Beleuchtungsanlage vorzunehmen. An Stelle der jetzt vorhandenen neun provisorischen Beleuchtungsmaße auf den drei großen Inseln werden vier große dreiflämmige Kandelaber, deren Lieferung beauftragt, aufgestellt werden. In diesen Kandelabern wird auch die Oberleitung der Straßenbahn befestigt werden, so daß die Mehrzahl der jetzt vorhandenen Straßenbahnmaße in Fortfall kommt. Die Bauzeit hat 16 Wochen gedauert.

Vom allmächtigen Hauswirt.

Das Schicksal einer 82-jährigen.

Einigermaßen merkwürdig mutet es schon an, wenn ein Hauswirt eine Mieterin, die fünfzig Jahre in seinem Hause wohnte, plötzlich auf Räumung verflagt. Die Räumungsklage des Hauswirts, Wallner-Theater-Straße 27/28, gegen seine Mieterin Frau C. zeigte sein Vorgehen aber in einem noch merkwürdigeren Licht. Seit einem halben Jahre bemühte sich Frau C. beim Finanzamt um den Erlass der Hauszinssteuer; vergeblich, denn der Hauswirt weigerte sich konsequent, ihren Antrag weiterzugeben. Sie hätte wohl Anspruch auf Erlass der Steuer infolge ihres hohen Alters gehabt. Der Herr Hauswirt aber war anderer Meinung: Er ging schließlich sogar zum Finanzamt und „erkundigte“ sich bei dem Beamten, ob seine Mieterin, die zwei Zimmer der Wohnung vermietet habe und ein Dienstmädchen habe, überhaupt darauf rechnen könne, daß man ihr die Steuer erlasse. Er „vergaß“ allerdings anzugeben, daß die 82-jährige alte Frau zumeist bettlägerig ist und ihre Haushilfe zur persönlichen Pflege benötigt, auch, daß diese Dreizimmerwohnung der Rentnerin der einzige Besitz, den die Inflation nicht verdrängt, fast ihre letzte Einkommensquelle ist. Auf seine Anfrage konnte der Beamte nur verneinen. Darauf hielt er sich für berechtigt, den Antrag der Mieterin weiter zurückzuhalten. Schließlich konnte die alte kranke Frau C. die erheblichen Beträge der Steuer nicht mehr aufbringen und wollte an ihren Wirt, unter dessen Dach sie nun fünfzig Jahre lebte, den reinen Mietbetrag zahlen, wahrscheinlich in der Hoffnung, der Herr würde nun wenigstens ein Einsehen haben und ihren Antrag an das Finanzamt weitergeben. Sie hatte den Herrn aber noch überschätzt. Er weigerte sich, die Zahlung von „Teilbeiträgen“ anzunehmen und erhob im zweiten Monat prompt die Räumungsklage gegen seine alte Mieterin. — Zum Termin war der Herr Hauswirt selbst erschienen und gab seinem Rechtsanwalt noch kurz vorher recht energische Direktiven: „Ausgeschliffen — Vergleich — alles sofort zahlen!“ — Und trotz der Vergleichsvorschläge des Richters blieb es dabei: Den Mietbetrag für zwei Monate inklusive der Hauszinssteuer hat die alte Frau C. binnen vierzehn Tagen (bei Vermeidung sofortiger Räumung) zu zahlen. Der Herr Hauswirt verpflichtete sich nur, den Stundungsantrag nunmehr weiterzugeben, erklärte aber, „er würde nichts beschleunigen, was nicht wahr sei.“ Damit das Schicksal dieses Antrags wohl als vorherbestimmt gelten kann, wenn er nicht das Glück hat, einem dieser nachfolgenden Beamten in die Hände zu fallen. Leider sind die recht dünn gesät.

Diese Verhandlung ist ein schlagendes Beispiel dafür, welchen Schranken der Mieter heute trotz allen „Mieterschutzes“ und aller „sozialen Rücksichten“ bei der Erhebung der Hauszinssteuer ausgeliefert ist. Denn es ist wahrhaftig wahr: Nur der Hauswirt entscheidet darüber, ob einem noch so bedürftigen Mieter die Hauszinssteuer erlassen wird, und sein gewichtiges Votum kann bisher durch nichts ersetzt werden, weder durch Bedürftigkeitszeugnisse, noch durch Nachfragen des Wohlfahrtsamts.

Vom eigenen Lastkraftwagen totgefahren.

Ein folgenschwerer Unfall mit tödlichem Ausgang ereignete sich gestern nachmittag gegen 5 Uhr an der Ede Saale- und Kanter Straße zu Neudörfen. Von einem Lastkraftwagen mit Anhänger, der gerade die Straßenkreuzung passierte, verfuhrte der 43-jährige Autofahrer Arno Wagner aus der Köllnischen Allee 178 während der Fahrt abzuspringen und kam so unglücklich zu Fall, daß die Räder des nachfolgenden Anhängers über ihn hinweggingen und ihn auf der Stelle töteten. Die Leiche wurde befragt und nach der Friedhofshalle in Budow gebracht. — Fast um die gleiche Zeit trug sich ein ähnlicher Unglücksfall an der Ede-Widderer Straße und Prenzlauer Allee zu. Der 34-jährige Arbeiter Johann Clemens sprang ebenfalls während der Fahrt von einem Lastkraftwagen mit Anhänger ab und kam zu Fall. Ein Hinterrad ging über den Verunglückten hinweg, so daß er in schwerem Zustand zur nächsten Rettungsstelle, und von dort in das Krankenhaus am Friedrichshagen gebracht werden mußte.

Sport.

Franz Diener in New York geschlagen.

Gestern Abend wurde in Madison Square Garden ein Boxkampf über zehn Runden zwischen Franz Diener und Jim Maloney aus Boston ausgetragen. Die Schiedsrichter sprachen Maloney den Sieg zu. Der Kampf hatte in Sportkreisen großes Interesse hervorgerufen. Auf Grund der Tatsache, daß Maloney bei seinen letzten drei Bockkämpfen hintereinander drei Knockout-Siege davongetragen hatte, standen die Wetten auf seinen Sieg 8:5.

Raubüberfall im Vorortzug.

Der Täter überwältigt und verhaftet.

Ein verwegener Raubüberfall auf einen Passagier wurde heute mittag gegen 4 1/2 Uhr in einem Abteil zweiter Klasse eines Vorortzuges zwischen den Stationen Charlottenburg und Eichkamp verübt. Wir erfahren hierzu folgendes:

Heute vormittag um 9 Uhr 42 Minuten versuchte kurz vor der Einfahrt in die Station Eichkamp ein junger Bursche den in einem Abteil zweiter Klasse sitzenden Major a. D. Weiber aus der Schillerpromenade 12 zu Oberschöneweide zu überfallen und zu berauben. Der Täter zog plötzlich eine Scheintopfpistole hervor und gab aus allernächster Nähe auf den Major einen Schuß ab, um ihn für Sekunden bewußtlos zu machen. Der Schuß blieb aber wirkungslos, denn Weiber warf sich sofort auf seinen Angreifer. Während er ihn mit einer Hand festhielt, zog er mit der anderen die Notbremse. Der Zug kam mit der Lokomotive mitten auf dem Bahnhofs Eichkamp zu stehen. Bahnpersonal eilte sofort zu Hilfe, der Täter wurde überwältigt und sofort der Kriminalpolizei übergeben. Der Täter ist ein gewisser Pieper, der in der Fliederstraße 5 in Falkensee bei seinen Eltern wohnt. Der Verhaftete wollte den Raub begehnen, um sich Bargeld zu verschaffen. Es wurde bei ihm noch eine Tüte mit Pfeffer und ein drei Pfund schwerer Sandfak vorgefunden.

Die Trauerfeier für Paul Michel, den Ehrenbürger der Stadt Berlin, fand am Donnerstag nachmittag auf dem Kirchhof der Französischen Reformationsgemeinde in der Liebenstraße statt. Eine große Zahl von Vertretern der städtischen Verwaltung und der Kommunalpolitik, darunter Stadtoberordnungsleiter Haß und Stadtrat Dr. Treitel, hatten sich eingefunden, um dem verdienten Bürger der Reichshauptstadt das letzte Geleit zu geben.

Großfeuer bei Orenstein & Koppel.

Die Modelltischlerei in Nowawes niedergebrannt.

Gestern Abend gegen 10 Uhr kam in einem Fabrikgebäude der Firma Orenstein und Koppel in Nowawes ein Großfeuer zum Ausbruch, das eine umfangreiche Modelltischlerei mit wertvollem Inhalt in Asche legte. Wir erfahren hierzu folgendes:

In Nowawes, in unmittelbarer Nähe des Bahnhofs Drewitz, liegt die Lokomotivfabrik von Orenstein und Koppel. In der Modelltischlerei, einem langen einstöckigen Gebäude, das inmitten des Fabrikkomplexes liegt, kam kurz nach 10 Uhr aus noch unbekanntem Gründen Feuer aus, das mit großer Schnelligkeit um sich griff und an Holzvorräten reiche Nahrung fand. Auf den Feueralarm eilten die Wehren von Nowawes, Potsdam, Babelsberg, Wannsee, Drewitz und Bergholz herbei. Von dem brennenden Gebäude war trotz aller Anstrengungen nichts mehr zu retten. Man mußte sich lediglich darauf beschränken, ein Uebergreifen des Feuers auf die angrenzenden Fabrikgebäude zu verhindern. Durch den gewaltigen Feuerchein waren viele schaulustige Angedockt worden. Gegen 1 Uhr nachts war das Feuer soweit gelöscht, daß die Wehren unter Zurücklassung einer starken Brandwache abdrücken konnten.

„Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenschrift, liegt der heutigen Postausgabe bei.

Der neue Spittelmarkt.

Der Spittelmarkt ist in seiner neuen Gestaltung für den gemeinsamen Verkehr wieder freigegeben worden. Alle Verkehrserschwerungen in den einmündenden Straßen sind aufgehoben. Sämtliche Fahrdämme auf dem Platz dürfen nur in einer Richtung befahren werden. Zur Orientierung der Fahrzeugsführer werden in der ersten Zeit noch transportable Richtungspeile aufgestellt bleiben. Die Verkehrsampeln in der Leipziger Straße, an

Unsere Leistungsfähigkeit ist anerkannt durch unsere grossen Erfolge

| | | | |
|---|---|--|--|
| Herren-Ulster reinwollener kräftiger Marengo-Cheviot M. 57.— | Smoking-Anzug reinwollener Melton, eleganter Verabstaltung M. 89.— | Schlafrock mollig-warmer Flauesch, mit Agraffen und Sebstur M. 33.— | Jgl. Sakk. Anzg. haltbarer brauner Cheviot mit feinen Streifen, Größe 38 M. 33.— |
| Herren-Paletot mit Samtkragen, reinwollener Marengo-Cheviot. M. 57.— | Abend-Anzug reinwoll. schwarzer Melton-Cheviot, m. Borteingefakt. M. 97.— | Loden-Joppen derber reinwollener Cheviot-Loden, warm gefüttert, M. 24.— | Jgl. Sport Anzg. 3-teilig, mit gefüttertem Breches, dunkel gemusterter Cheviot, Größe 38 M. 33.— |
| Gehrock-Paletot reinwollene Qualität, vorbildliche Paletform M. 75.— | Sakko u. Weste Marengo-Cheviot, gute Qual. 43.— | Rodel-Garnitur 3-teilig, aparte Muster in reiner Wolle M. 28.— | Kieler Anzug aus reinwoll. blauer Serge, einseh. Kragen, Seidenknöpfe, Armstärker, Trikotiata, Besse Ausführung, für 8 Jahre, M. 27.— |
| Herr.-Sakko-Anz. braun-karierter Cheviot, reinwollene Qualität M. 69.— | Haus-Joppen warmer, molliger Flauesch, mit 2 Agraffen M. 14.— | Ski-Anzug blauer reinwoll. Ski-Cheviot, wärmegefüllt, sportgerecht, M. 75.— | Knab.-Schlüpfer die kleidamste Form aus reinwollenen Flauesch und Cheviotstoffen, für 8 Jahre, M. 22.— |
| Herr.-Sakko-Anz. dunkelblauer Cheviot, reine Scharwolle, erprobte Qual. M. 89.— | Haus-Joppen guter reinwollener Flauesch, dunkeloliv mit 3 Agraffen, M. 24.— | Jüngling.-Ulster reinwollener Marengo-Cheviot, Größe 38 M. 47.— | |

Jedes Creditsystem verfeuert erheblich die Ware. Unser Verkauf nur gegen bar gewährleistet allerbilligste Preise

Leineweber

Berlin, Köllnische Fischmarkt 4-6

Eröffnung

DER ABTEILUNG FÜR

Damen-Konfektion

Sonnabend,
den 4. Dezember

**„Geschäftsprinzip“
Qualitätsware
zu
soliden
Preisen!**

Pelzmäntel, Pelzjacken, Plüschmäntel,
Velours de laine-, Ottomane-Mäntel,
Seidenkleider, Wollkleider, Kasacks,
Strickjacken, Pullover und Kleider

**Spezial-Abteilung
für
Trauer-Kleidung
auch
in großen Wellen**

Titus König

**NEUKOLLN
BERGSTR. 9-10.**



Auf Kredit zu kaufen kann ich Ihnen nicht zumuten!

Zahle bar!

Achten Sie genau auf
folgende Beispiele:

Kaufe billig!

Herren-Stiefel 6⁹⁵
gute Verarbeitung Rindbox

**Echt L XV
Ladpelz-Schuhe**
11⁷⁵

Herren-Stiefel 7⁹⁵
mod. Form, Rindbox w. ged.

Brokat-Spangen 6⁹⁰
und Pumps L XV

Satin-Spangen 4⁷⁵
L XV

**Größtes Spezialschuhhaus
des Ostens!**

Lewkowitz

**Größtes Spezialschuhhaus
des Ostens!**

Filialen:

Gr. Frankfurter Str. 131, am Rose-Theater. / Andreasstr. 67, an der Langestr. / Frankfurter Allee 51, Ecke Niederbarnimstr.
Prinzenstr. 79, am Moritzplatz / Anschlußhäuser: „Der Deka-Schuh“, Frankfurter Allee 59; der „Moderner Schuh“, Uhlandstr. 105/166

Damen-Mäntel

- Mäntel aus mollig. Winterstoffen mit schöner Garnierung . . . 16⁵⁰
- Mäntel Velours de laine, Kragen und Manschetten mit Pelz besetzt . . . 27⁰⁰
- Mäntel Ottomane und Velours de laine, gefüttert, Kragen u. Manschetten mit Pelz besetzt . . . 39⁷⁵
- Mäntel Seal-Plüsch, gute Qual. ganz auf Futter . . . 45⁰⁰
- Mäntel Astrachan-Plüsch u. Ural-Krummer, ganz gefüttert . . . 39⁷⁵

WEIHNACHTS-VERKAUF

Damen-Kleider

- Wollkleider reinwooll. Popeline modern gearbeitet . . . 9⁷⁵
- Kleider aus gutem Wollripp, viele Farben, mit reicher Applikation . . . 17⁵⁰
- Tanzkleid Eolienne, moderne Farben, reich garniert . . . 11⁵⁰
- Tanzkleid reinwollene Crêpe de Chine, reich verziert, schöne Farben . . . 13⁵⁰
- Morgenröcke aus molligem Flausch mit reicher Stickerei . . . 3⁷⁵

Besonders günstige Kaufgelegenheit!

Kleiderstoffe

- Popeline reine Wolle, viele Farben, doppelt breit . . . Mtr. 2.65 1⁸⁵
- Rips-Popeline reine Wolle, 150 cm breit . . . Mtr. 4.95 3⁹⁵
- Rips schwere Qualität, 150 cm breit, viele Farben . . . Mtr. 5.85 5⁸⁵
- Pullover-Stoffe mod. Muster, große Auswahl . . . Mtr. 95 95
- Eolienne Wolle mit Seide, 100 cm breit . . . Mtr. 5.45 3⁹⁵
- Crêpe de Chine reine Seide, 100 cm breit . . . Mtr. 6.90 5⁴⁰
- Waschsamt viele Farben, für Morgenröcke u. Kinderkleider Mtr. 2.90 2⁴⁵

Damen-Wäsche

- Taghemden aus gut. Hemden-tuch, Trägerform mit Spitze . . . 1.10 95
- Taghemden aus feinem Wäsche-stoff, Trägerform mit Stickerei . . . 1.65 1²⁵
- Beinkleider Renforcé u. Stickerei oder Spitze . . . 1.85 1²⁵
- Hemd hose Renforcé u. Klöppel-spitze oder Stickerei . . . 2.65, 2.35 1⁹⁵
- Prinzentröcke m. breiter Stickerei prima Wäsche-tuch . . . 2.90 2⁴⁵
- Nachthemden aus gut. Wäsche-tuch, verwasch. Ausföhrungen . . . 3.30 2⁶⁵
- Herren-Nachthemden mit farbigen Heuts . . . 3.90, 3.45 2⁹⁰

Wollwaren

- Pullover für Damen, Wolle mit Kunstseide, viele Farben . . . 7.00 5⁵⁰
- Pullover reine Wolle, mit Kragen, elegante Muster . . . 10.75 9⁵⁰
- Herren-Pullover englisch, reine Wolle . . . 13.00 1²⁵⁰
- Strickwesten f. Damen u. Herren, reine Wolle, viele Farben . . . 7.50 4⁹⁵

Trikotagen

- Normal-Hemden f. Herren, gute Qualität . . . 3.35 2.45 1⁹⁵
- Normal-Beinkleider für Herren, gute Qualität . . . 2.90 2.45 1⁷⁵
- Futter-Beinkleider f. Herren, dicke Ware . . . 3.40 2.95 2²⁵
- Damen-Schlüpfer Trikot mit warmem Futter . . . 1.00, 1.05 1⁴⁵
- Damen-Schlüpfer Kunstseide, mit warmem Futter . . . 4.75 3⁴⁵
- Damen-Untertailen gestrickt . . . mit Arm 1.35, ohne Arm 95 95

Strümpfe

- Damen-Strümpfe Seide, far. mod. Farben u. schwarz 1.25 95
- Damen-Strümpfe reine Wolle, schwarz und farbig . . . 2.75 2²⁵
- Herren-Socken Baumwolle, bun. gemustert . . . 0.75, 0.75 48
- Herren-Socken reine Wolle, schöne Muster . . . 2.25 1⁹⁰

Wäschestoffe

- Hemdentuch starkfädig, haltbare Qualität . . . Mtr. 85 38
- Renforcé feinfädig, 80 cm breit, für Leibwäsche, Mtr. 65 48
- Mako-Balist 80 cm breit, für elegante Wäsche, Mtr. 1.10 88
- Rohnessel gute Ware . . . Mtr. 48 36
- Linon für 150 cm breit 80 cm breit Bettwäsche Mtr. 1.35 95 Mtr. 75 58
- Beilsatin 150 cm breit 80 cm breit gestreift Mtr. 1.35 1.45 Mtr. 1.10 95
- Lakenstoffe Dowla od. Haus-tuch, starkfädig . . . 2.40 1.55 1³⁵
- Betttücher weiß, mit Kante, Barehent . . . 2.95 2²⁵

Bettwäsche

- Deckbett mit 2 Klassen, glatt, Wäsche-tuch . . . 7.00 5⁹⁰
- Deckbett mit 2 Klassen, aus gutem Lina . . . 12.00 10⁵⁰
- Deckbett mit 2 Klassen, aus gest. Dimitt . . . 12.90 11⁷⁵
- Bettlaken gute kräft. Qual. volle Breite u. Länge . . . 3.20 2⁷⁵

Frottier-Handtuch 68^{pt.}
guter Kränzelstoff 1.00, 95

Frott-Laken 100/100 100/100 80/100 gute Qualitäten 3⁷⁵ 2⁴⁵ 1⁷⁵

Taschentücher

- Kindertücher weiß m. Kante und bunten Bildern Stck. 15, 10 8
- Kindertücher weiß mit Kordel-kante u. gest. Bild. Stck. 25, 20 15
- Damentücher weiß Bat mit gest. Ecks, 3 Stck. im Kart. 1.10, 95 68
- Damentücher Hohlsaum und gest. Ecks, Schweizer Stck. 35, 25 15
- Herrentücher weiß Linnen und m. bun. Rand Stck. 45, 35 20

Herren-Artikel

- Oberhemden Perkal, gef. Brust-2-Krag, mod. Streifen u. Karos . . . 5.90 4⁹⁵
- Oberhemden Trikoline Is m. 2 Kragen unel. gest. oder kariert . . . 10.30 8⁷⁵
- Oberhemden weiß, mit Pikaefalten-Eina. u. Manschetten Stuhmlage Streif. m. Eck pt. Mako, 4fach 75 65 5⁵⁰
- Kragen für Damen und Herren, Perkal od. Flanell, mod. Streifen 75 9⁷⁵
- Selbstbinder Seide, wo-derne Muster . . . 1.45, 95 7⁵⁰

Korsette

- Strumpfhalter Gürtel aus Gummi mit 3 Haltern . . . 2.10 1³⁵
- Hüthalter Prima Dreil, 2 Halter . . . 1.75 1⁷⁵
- Büstenhalter prima Wäsche-tuch auf Schnur gearbeitet 1.25 8⁵⁰

Haus- und Tischwäsche

- Küchenhandtücher weiß Gerstenkorn mit roter Kante St. 75 58
- Küchenhandtücher Dreil, mit roter Kante . . . St. 95 78
- Stubenhandtücher Damast gest. uni u. gebändert St. 1.10 95
- Wischtücher weiß-rot kariert . . . St. 25 22
- Tischtücher Damastmuster, gute Qualität . . . 130/160 2.90, 130/150 2⁹⁵
- Tischtücher Damastmuster, gute halbleinene Qual. 130/160 5.90, 130/150 3⁹⁵
- Servietten zu Tischtüchern passend, . . . ca. 60/90 85 80

Handschuhe

- Damen-Trikot 2 Druckkn. halbfüßler . . . 1.10, 95 85
- Damen-Schwedisch isoliert durchgeh. gefüttert, 2 Druckknöpfe 1⁹⁵
- Nappa-Stepper Damen Herren gute Qualität . . . 3⁹⁰ 4⁶⁰
- Nappa-Stepper Damen Herren prima Wollfutter . . . 5⁹⁰ 5⁹⁰

Schirme

- Damenschirme 12teilig, Top-ferm, moderne Griffe . . . 4⁹⁵
- Damenschirme 12teilig, K-welle feste Kasse, elegante Griffe 7.00 6⁵⁰
- Kinderschirme große Auswahl moderne abt. Griffe . . . 2.95 3²⁵

Bedienungsschürze Jumper-form, weißer Wäsche-stoff 1.55 1.35 95

Damenschürzen Jumper-form, bun. und gestreift 1.75 1.45 95

M. GRÜNBERG NACHF.

Schöneberg, Hauptstraße 17

Grober Posten Kinderwesten 4⁷⁵
und Sweater in allen Größen

Einsatzhemden 1⁹⁵
moderne Einsätze